



Protokoll der 30. Sitzung des Einwohnerrates

vom 31. August 2011, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Michael Bischof, Corinne Ruesch und Sabine Sutter

Traktanden	Laufnummer
<i>://: Das Geschäft „Energiesparmotion“ wird von der Traktandenliste abgesetzt.</i>	2010/134 2010/134a
0. Dringliche Interpellation von Pascal Porchet „SBB Entflechtungswerk im Burgeinschnitt Liestal“ <i>://: Mit 11 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen spricht sich der Einwohnerrat gegen die Dringlichkeit des Vorstosses aus.</i>	2010/182
1. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 29. Juni 2011 <i>://: Das Protokoll wird einstimmig mit der beantragten Berichtigung des Textes (Ersetzen von SP-Fraktion durch FDP-Fraktion) beim Geschäft Nr. 9 der Traktandenliste auf Seite 745 genehmigt.</i>	-
2. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen GPK und FIKO <i>://: Die von der SVP-Fraktion vorgeschlagenen Ratsmitglieder werden einstimmig in die GPK und FIKO gewählt.</i>	2011/179
3. Verfahrenspostulat „Verbesserung der Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Einwohnerrat“ der SP-Fraktion – Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum Besuch beim Stab Recht/Sicherheit vom 18. Mai 2011 <i>://: Vom GPK-Kommissionsbericht wird mit grossem Mehr bei einer Enthaltung Kenntnis genommen und das Verfahrenspostulat als erfüllt abgeschrieben.</i>	2010/102 2010/102a
4. Sport- und Volksbad Gitterli AG: Betriebskostenbeiträge ab 2012 <i>://: Mit grossem Mehr bei einer Gegenstimme wird dem stadträtlichen Antrag zugestimmt und zur Erfüllung des Leistungsauftrages der Beitrag der Stadt Liestal an die Sport- und Volksbad Gitterli AG ab 2012 bis 2016 auf jährlich TCHF 520 festgelegt.</i>	2011/175
5. Stadt Liestal – Bürgergemeinde Liestal: Vereinbarung betreffend Baurechtszinsen <i>://: Mit grossem Mehr wird die stadträtliche Vorlage zur Vorberatung an die FIKO überwiesen.</i>	2011/176

- | | | |
|-----|---|---|
| 6. | Vereinbarung zwischen Stadt Liestal und Bürgergemeinde Liestal: Unterhalt der Waldwege 2012-2016
<i>://: Mit grossem Mehr wird die stadträtliche Vorlage zur Vorberatung an die FIKO überwiesen.</i> | 2011/177 |
| 7. | Nachtragskredit zur Laufenden Rechnung 2011: Überprüfung und Beurteilung des Zustandes von 4 stadteigenen Überführungen über die H2-Umfahrung Liestal
<i>://: Überweisung der stadträtlichen Vorlage mit grossem Mehr an die BPK zur Vorberatung.</i> | 2011/180 |
| 8. | Antwort Stadtrat zur Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Wald an der Goldbrunnenstrasse
<i>://: Erledigt nach Beantwortung durch den Stadtrat.</i> | 2011/168 |
| 9. | Postulat von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend späten Würdigung des Zeichners Max Schneider (1916 – 2010)
<i>://: Mit Stichentscheid des Präsidenten wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.</i> | 2011/169 |
| 10. | Reklame-Reglement – Zwischenbericht Stadtrat zur Motion von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Ergänzung Reklamereglement

<i>://: Vom stadträtlichen Zwischenbericht wird mit grossem Mehr bei einer Nein-Stimme Kenntnis genommen.</i> | 2005/46
2005/46a
2005/46b
2005/46c
2005/46d |
| 11. | Kinderkrippenplätze, Trägerschaft - Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze

<i>://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat Kenntnis vom stadträtlichen Zwischenbericht.</i> | 2006/121
2006/121a
2006/121b
2006/121c |
| 12. | Sicherheitscheck im öffentlichen Raum – seniorenfreundliches Liestal; 2. Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion
<i>://: Vom stadträtlichen Bericht wird Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2007/152
2007/152a
2007/152b |
| 13. | Aufwertung der Altstadt – 2. Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend Aufwertung der Altstadt
<i>://: Vom 2. Zwischenbericht des Stadtrates wird einstimmig Kenntnis genommen.
://: Dem Zusatzantrag der FDP-Fraktion, dass die Resultate der Projektierung zur Aufwertung der Altstadt (Arena und Haus zur Allee) BPK-Mitgliedern an der nächsten regulären BPK-Sitzung vorgestellt werden, wird einstimmig zugestimmt.</i> | 2007/160
2007/160a
2007/160b |

14. Bericht Stadtrat zum Postulat von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend „Raum für Gewerbe, Jungunternehmen, Kulturschaffende“ 2008/205
2008/205a
://: Vom stadträtlichen Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.
15. Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat „Mittelfristiges Wasserversorgungskonzept mit Variantenabklärung“ von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion 2010/128
2010/128a
://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Zwischenbericht Kenntnis genommen.
16. Bericht Stadtrat zu Postulat von John Brunner namens der SVP-Fraktion betreffend Sanierung des Waldspielplatzes Sommerhalden 2011/153
2011/153a
://: vertagt
17. Bericht Stadtrat zum Postulat „Robinson-Spielplatz Fraumattquartier“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2011/161
2011/161a
://: vertagt
18. Fragestunde
Vom Stadtrat werden 15 Fragen beantwortet.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur ersten Sitzung des Amtsjahres 2011/2012.

Speziell wird Einwohnerrat William Dalcher (SVP) zu seiner ersten Sitzung im Parlament der Stadt Liestal willkommen geheissen. Dieser wird den Ratsmitgliedern kurz vorgestellt.

Zudem gratuliert er Meret Franke zur Geburt ihres Sohnes Linus Leon, geboren am 06. Juli 2011, und Corinne Ruesch zur Geburt ihrer Tochter Flurina, geboren am 27. August 2011.

In seiner Antrittsrede richtet Markus Meyer (SVP) als Ratspräsident des Amtsjahres 2011/2012 folgende Worte an die Anwesenden:

„Wie dies so üblich ist, möchte ich als neuer Präsident des Einwohnerrates zu Beginn der ersten Sitzung einige persönliche Worte an die Ratsmitglieder richten. Ich mache dies sehr gerne. Nach einigen Überlegungen, welches das Leitmotiv oder der Leitgedanke für meine Rede sein soll, habe ich mich entschieden, diese nicht auf einem Sprichwort oder einem Zitat aufzubauen, sondern einen Bezug zwischen meinen verschiedenen Hobbys und der Ratstätigkeit sowie der Politik allgemein zu machen. Dabei handelt es sich um persönliche Ansichten, welche sich nicht unbedingt mit denjenigen der Ratskolleginnen und der Ratskollegen decken muss.

Als mich an der letzten Sitzung Dieter Epple vorstellte, hat er meine verschiedenen Freizeitaktivitäten genannt. Zu diesen gehören

- Joggen - inkl. Mittelstreckenläufe bis hin zu Marathonläufen
- Fasnacht - seit bald 40 Jahren bin ich in Liestal aktiv als Piccolospieler
- Briefmarken sammeln - seit ich mich erinnern kann, übe ich dieses Hobby aus
- Fussball, speziell der FC Basel - ebenfalls praktisch, seit ich aus den Windeln kam, bin ich ein grosser Fan des Clubs, in guten und schlechten Zeiten
- Stadtliführungen in Liestal

Man kann sich getrost fragen, was macht er nicht auch noch und wo holt er sich die Zeit für alles neben den verschiedenen Tätigkeiten als Gemeindeverwalter und den damit verbundenen Nebenämtern sowie der politischen Arbeit im Einwohnerrat. Ich kann dazu nur antworten: Manchmal frage ich mich das auch, aber irgendwie geht es immer und ich schaffe es, dass alles seinen Platz hat. Jetzt aber zu den einzelnen Hobbys sowie deren Vergleich zur Politik.

Joggen: *Beim Joggen – wie überhaupt beim Sport – muss durch stetiges Trainieren die notwendige Form gesucht, respektive erreicht werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Sonne scheint oder es regnet und/oder schneit. Ein Vergleich zur Politik ist gegeben, indem man sagen kann, dass auch hier nur mit dem entsprechenden Durchhaltewille und der Beharrlichkeit die gewünschten Ziele erreicht werden können. Dabei muss man, wie beim Joggen, oft auch durch den grössten Dreck gehen und Klippen sowie Hindernisse überwinden. Wenn man dann das Ziel erreicht hat, ist man zwar meistens müde und abgekämpft. Das Erreichte macht einen jedoch in der Regel stolz und man ist gestärkt für eine neue Aufgabe, sprich ein neues Training/einen neuen Lauf respektive neue politische Ziele.*

Fasnacht: *Die Fasnacht ist auch ein wichtiger Kulturbereich in Liestal. An der Fasnacht wird dem Menschen immer wieder sein eigenes Spiegelbild vor Augen geführt. Fasnacht ist auch ausgelassen und fröhlich, zuweilen jedoch auch sehr ernst. Man legt für einige Tage eine Larve an und verdeckt damit sein echtes Gesicht. Man kann dadurch in andere Personen/ein anderes Individuum schlüpfen, indem man sich verkleidet. Es kommt aber jedes Jahr auch der Zeitpunkt, an dem man sich wieder demaskieren muss, respektive darf. Auch in der Politik wird oft mit verdeckten Karten gespielt und man versteckt sich hinter einer Maske und/oder einem Vorwand. Es ist jedoch klar, dass immer irgendwann der Zeitpunkt kommt, an welchem man Farbe bekennen und sich demaskieren muss. Dies ist nicht immer für alle Beteiligten sehr schön, gehört aber dazu und ist nicht immer zu umgehen.*

Briefmarken sammeln: Bei diesem Hobby nimmt man es sehr ernst mit der Qualität der einzelnen Marken. Sobald eine Zacke nicht mehr vorhanden ist, ist das Objekt wertlos und kann nicht mehr gebraucht werden. Das Hobby bringt jedoch auch sehr viele Allgemeinkenntnisse und mit jeder neuen Marke, die herausgegeben wird, erhält man neue Erkenntnisse und neues Wissen. In den Details steckt jedoch oft die Wahrheit, das heisst erst beim genauen Hinschauen erkennt man, ob es sich bei der Marke allenfalls um ein seltenes Exemplar oder es sich um eine Normalität handelt. Auch in der Politik stecken oft im Detail die grössten Probleme und Überraschungen. Beim ersten Hinschauen sieht ein Projekt sehr oft toll und problemlos aus. Erst, wenn man sich etwas mit den Details beschäftigt, kommt man jedoch auf die Knackpunkte, welche für ein JA oder NEIN zu einer Vorlage dann auch oft entscheidend sind.

Fussball / FC Basel: Fussball kann als Mannschaftssport nur erfolgreich ausgeübt werden, wenn alle in der Gruppe am gleichen Strick ziehen, respektive sich damit identifizieren. Die Führung und der Trainer sind dabei sicher ein wichtiger Faktor. Sie können jedoch praktisch nichts ausrichten, wenn es im Team nicht mehr stimmt und/oder dieses gegen sie arbeitet. Dann gehen Spiele verloren, auch wenn die Einzelspieler viel besser sind, als diejenigen der gegnerischen Mannschaft. Auch in der Politik ist dies nicht anders. Ein Rat wie der Einwohnerrat kann nur gute Ergebnisse erzielen, wenn alle Mitglieder ihren Teil dazu beitragen und mithelfen, für den Ort das Optimale zu erreichen. Natürlich ist die Sicht aufgrund der verschiedenen politischen Standpunkte oft nicht dieselbe. Aber das Ziel, wie vorgängig erwähnt, muss und kann für alle nur ein Spitzenplatz für die Gemeinde sein und dies können wir nur gemeinsam erreichen.

Stedtliführungen: Ich bin in Liestal geboren und in der „Hinteren Gasse“, der heutigen Kanonengasse, aufgewachsen. Seit ca. 30 Jahren bin ich zudem Bürger der Stadt. Seit weit mehr als zehn Jahren mache ich nun regelmässige Stadtführungen und ich darf ganz klar sagen, dass ich auch heute noch immer wieder Örtlichkeiten antreffe, welche mir bisher nicht oder nur wenig bekannt waren. Die Personen, welche an solchen Führungen teilnehmen, sind auch immer wieder begeistert von den vielen tollen und schönen Orten, welche unser Stedtli aufweist, obwohl doch oft kritische Bemerkungen über Liestal aus der Bevölkerung zu erfahren sind. Genauso sieht es oft auch in der Politik aus. Vieles wird schlecht geredet und/oder schlecht gemacht, vor allem auch Projekte, die in früheren Zeiten realisiert wurden. Wenn man aber etwas näher geht und auch hinterfragt, warum und weshalb was gemacht wurde, erhält man dann einen ganz anderen Eindruck von den Dingen. Es war und ist nicht immer alles schlecht, was älter ist als die heutige Generation. Unsere Nachfolger/-innen werden vermutlich in 20 – 30 Jahren auch oft den Kopf schütten und nicht verstehen, warum wir was gemacht haben.

Wie meine Ausführungen zeigen, gibt es viele Parallelen zwischen Freizeitbeschäftigung und Politik. Diese Liste könnte sicher noch beliebig weiter geführt werden. Ich wünsche mir für das kommende Amtsjahr, dass die Ratsmitglieder ihre politische Tätigkeit wenn immer möglich unter den vorgängig ausgeführten Aspekten sehen und das Wohl der Stadt Liestal vor das eigene stellen. Als gewählte Amtsträger sind wir für das Geschehen und die Entwicklung von Liestal massgeblich verantwortlich. Auch wenn in einigen Monaten Neuwahlen anstehen, sollte man dies nicht vergessen. Ich wünsche mir viele spannende und politisch korrekte Diskussionen und Inputs und freue mich auf ein erfolgreiches letztes Politiker-Jahr in der laufenden Amtsperiode.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und erkläre die Sitzung hiermit als eröffnet.“

* * * * *

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entschiede der letzten Bürositzung vom 25. August 2011:

- Der neue Sitzplan des Einwohnerrates sowie der Terminplan 2012 und auch der Detail-Terminplan 2012 sind vom Büro beschlossen worden. Die drei Dokumente sind an der heutigen Sitzung als Tischpapiere verteilt worden.
- Die Reihenfolge der Traktanden für die ER-Sitzungen ist vom Büro neu festgelegt worden: Neu werden die an der letzten Ratssitzung wegen Zeitmangel vertagten Geschäfte früher als bisher traktandiert.
- Die GPK-Mitglieder treffen sich zusammen mit dem FIKO-Präsidenten während der Pause der heutigen Sitzung, um den Termin der nächsten GPK-Sitzung festlegen zu können.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, sich betreffend der Integra-Einsatzplanung bei Elisabeth Augstburger zu melden.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, blau
- Sitzplan Einwohnerrat, Fassung vom 25.08.2011
- Terminplan 2012 und Detailterminplan 2012, Fassung vom 25.08.2011
- ER-Vorlage Nr. 2011/179 (Ersatzwahlen in GPK und FIKO)
- ER-Vorlage Nr. 2011/181 (neuer Vorstoss)
- Flyer Zentrum Fraumatt betr. Eröffnung vom 24.08.11 und Zentrumsfest vom 22.10.11
- Zeitung „abc... die Elterninformation“ der Schule Liestal

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|------------------|--|
| - Meret Franke | A: Seite FDP + Präsident/Vizepräsident |
| - Patrick Mägli | B: Mitte |
| - Thomas Eugster | C: Seite SP, Grüne |

Der Präsident bittet alle Anwesenden, bei Abstimmungen ihren Stimmzettel deutlich aufzuheben, damit die Stimmzähler/-innen sehen können, wer für oder gegen etwas stimmt. Die Stimmzähler/-innen werden zudem immer aufstehen bei Abstimmungen.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Bezug auf den Pressebericht „SBB schlagen Liestal neue Lösung vor“ in der heutigen Ausgabe der Basler Zeitung: Solange die Entscheidungsgrundlagen nicht vollständig sind und so lange man im Gespräch mit seinen Partnern ist, besteht keine Möglichkeit, dass vom Stadtrat diesbezüglich Informationen abgegeben werden können. Der Stadtrat hatte diesbezüglich ein Stillhalteabkommen mit dem Kanton und den SBB vereinbart und wird sich an das abgegebene Wort halten.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, dem Stadtrat sei an der heutigen Sitzung ein Flyer betreffend dem Quartierzentrum Fraumatt als Tischpapier verteilt worden. Das Pilotprojekt ist auftrags der Stadt von einem Trägerverein gestartet worden. Ein grosses Eröffnungsfest konnte man nicht organisieren, da noch nicht alle Räumlichkeiten bereitgestellt werden konnten. Mit dem Flyer wollte man insbesondere den Quartierbewohnern das Zentrum und beispielsweise die Öffnungszeiten bekannt machen. Das Eröffnungsfest wird am 22. Oktober 2011 stattfinden.

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat „Jugendzentrum in der Allee – Wegweisungsrecht für den Leiter“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2011/181)
- Dringliche Interpellation „SBB Entflechtungsbauwerk im Burgeinschnitt“ von Pascal Porchet der FDP-Fraktion (Nr. 2011/182)

Traktandenliste

- *Trakt. 8 - **Energiespar-Motion (Nr. 2010/134)**, Absetzung*

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass die Sitzung der Motionäre mit dem Stadtbauamt erst morgen stattfinden wird, weshalb das Büro dem Rat die Absetzung des Geschäfts „Energiesparmotion“ von der Traktandenliste der heutigen Sitzung vorschlägt.

- *Trakt. 5 (**Baurechtszinsen**) und Trakt. 6 (**Waldwege**), gemeinsame Beratung*

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass das Büro dem Rat die gemeinsame Beratung der beiden Vorlagen Nr. 2011/176 „Vereinbarung betreffend Baurechtszinsen“ und Nr. 2011/177 „Unterhalt der Waldwege“ vorschlagen wollte, da die beiden Vorlagen gemäss Antrag des Büros von der FIKO und auch der GEB vorberaten werden sollen. Gemäss einzelnen Rückmeldungen der Fraktionen sollen aber die beiden Vorlagen separat behandelt werden und auch nicht an beide Kommissionen überwiesen werden, weshalb auf eine Abstimmung für eine gemeinsame Beratung der Traktanden Nr. 5 und 6 verzichtet wird. Das heisst, dass die Traktanden Nr. 5 und 6 einzeln behandelt werden.

Traktandenliste - Fortsetzung

- *Dringliche Interpellation „SBB-Entflechtungsbauwerk im Burgeinschnitt Liestal“ (Nr. 2011/182) von Pascal Porchet der FDP-Fraktion*

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) verliest den neuen Vorstoss, welcher ihm vorgängig der heutigen Sitzung vom Postulanten übergeben, jedoch nicht als Tischpapier verteilt wurde.

Pascal Porchet (FDP) entschuldigt sich dafür, dass die Interpellation von ihm so kurzfristig eingereicht wurde. Die Kurzfristigkeit ist damit zu begründen, dass auch er vom Bericht der Basler Zeitung betreffend den Entflechtungsbauten im Burgeinschnitt erst heute Kenntnis bekommen habe. Das Projekt bzw. die Berichterstattung der Basler Zeitung wird für Liestal enorme Konsequenzen mit sich bringen. Auch der Einwohnerrat sollte heute noch Genaueres erfahren, weshalb er die Ratsmitglieder bittet, seinen Vorstoss als dringlich zu erklären.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) erklärt, dass die sofortige Behandlung der dringlichen Interpellation gemäss § 47 des Geschäftsreglementes möglich ist, wenn zwei Drittel der Ratsmitglieder die Dringlichkeit beschliessen würden.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) äussert, sie wisse nach wie vor nicht genau, um was es sich beim diskutierten Vorstoss handelt.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) teilt mit, dass Stadtpräsidentin Regula Gysin bereits eingangs der Sitzung erklärt habe, dass vom Stadtrat keine weiteren Informationen zum heutigen Pressebericht der Basler Zeitung abgegeben werden können. Er mache beliebt, dass der Rat zuerst über die Dringlichkeit des Vorstosses abstimme.

Stadtrat Ruedi Riesen fühlt sich angesprochen, weshalb er kurz über den Sachverhalt informieren möchte. Herr Stefan Gyr der Basler Zeitung hatte er auf Anfrage bereits vor rund 2 Wochen mitgeteilt, dass betreffend dem Projekt zwischen dem Stadtrat, dem Bund und den SBB Stillschweigen vereinbart wurde. Herr Gyr hatte er lediglich über den Stand der Dinge bzw. das laufende Vernehmlassungsverfahren informiert. Mit keinem Wort hatte er sich bezüglich den verschiedenen Varianten bzw. den Vorschlägen geäussert, welche die Stadt zusammen mit dem Kanton absprechen und anschliessend bei den SBB unterbreiten wird. Es handelt sich um ein Riesenprojekt und anhand eines Kommunikationskonzeptes wird die Öffentlichkeit zur gegebenen Zeit über die Ergebnisse informiert. Die Dringlichkeit des Vorstosses ist nicht gegeben, zumal der Stadtrat an der heutigen Sitzung die Fragen des Interpellanten auch nicht beantworten kann und darf. Der Stadtrat könnte höchstens Aussagen über die Form, jedoch nicht über die Inhalte machen. Eine Diskussion an der heutigen Ratssitzung wäre gar fahrlässig.

Pascal Porchet (FDP) macht den Vorschlag, dass der Rat über die Dringlichkeit seines Vorstosses erst nach der Pause abstimmen wird. Ein Informationsaustausch während der Pause wäre sicher vor einer Abstimmung auch sinnvoll.

Jürg Holinger (GL) legt dar, dass auch dringliche Vorstösse gemäss § 46 des ER-Geschäftsreglementes bis um 14.00 Uhr am Vortag der heutigen Sitzung hätten eingereicht werden müssen. Diese reglementarische Bestimmung gilt auch für dringliche Interpellationen und somit ist die Frist verpasst worden, damit der Vorstoss von Pascal Porchet noch an der heutigen Sitzung behandelt werden könnte.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) bestätigt die Aussagen von Jürg Holinger. Zuerst soll nun über die Dringlichkeit des Vorstosses abgestimmt werden. Sollte die Dringlichkeit der Interpellation beschossen werden, so könnte der Stadtrat nach der Pause immer noch seine Stellungnahme dazu abgeben.

://: Mit 11 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen spricht sich der Stadtrat gegen die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2011/182 aus.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass der Vorstoss Nr. 2011/182 mit einer Zweidrittel-Mehrheit als dringlich hätte erklärt werden müssen, was nicht der Fall ist. Das Geschäft wird deshalb auf die nächste Ratssitzung traktandiert. Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Traktandenlistenänderungen beantragt werden.

://: Die Traktandenliste wird mit der Aussetzung des Traktandums Nr. 8 „Energiespar-Motion“ einstimmig beschlossen.

275 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 29. Juni 2011

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) orientiert, dass das Büro gemäss Antrag von Daniel Spinnler (FDP) folgende Protokollberichtigung beantragt:

Traktandenliste – Trakt. 9 „Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung“, Seite 745

Ersetzen von SP-Fraktion durch FDP-Fraktion.

://: Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 29. Juni 2011 wird mit der beantragten Berichtigung des Textes beim Geschäft Nr. 9 der Traktandenliste auf Seite 745 einstimmig genehmigt.

276 0.01.011.01 Einwohnerrat

**2. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen GPK und FIKO
(Nr. 2011/179)**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass die Vorlage Nr. 2011/179 mit den Wahlvorschlägen der SVP-Fraktion für die personellen Umbesetzungen in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) sowie Finanzkommission (FIKO) an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren mehr angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die vorgeschlagenen Ratsmitglieder offen und gesamthaft gewählt werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion werden einstimmig folgende Ratsmitglieder in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Hans Rudolf Schafroth (SVP) anstelle von Dieter Epple als ordentliches Mitglied

William Dalcher (SVP) anstelle von Hans Rudolf Schafroth als Ersatzmitglied

Finanzkommission (FIKO)

Beat Gränicher (SVP) anstelle von Dieter Epple als Ersatzmitglied.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass das Büro an seiner Sitzung vom 25.08.2011 als neuen GPK-Präsidenten Hans Rudolf Schafroth (SVP) gewählt hatte. Dies vorbehältlich seiner Wahl in die GPK an der heutigen Ratssitzung.

277 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Verfahrenspostulat „Verbesserung der Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Einwohnerrat“ der SP-Fraktion – Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum Besuch beim Stab Recht / Sicherheit (Nr. 2010/102, Nr. 2010/102a)

Meret Franke (GL) stellt als GPK-Vizepräsidentin den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2010/102a vor: Für einen ersten Besuch im Sinn des Verfahrenspostulates habe sich die GPK für den Verwaltungsbesuch des Rechtsdienstes entschieden, weil man diese Abteilung nach Wissen der GPK schon lange nicht mehr besucht habe. Bei den Fragestellungen wollte man herausfinden, ob der Rechtsdienst ausgelastet ist und ob ein eigener Rechtsdienst überhaupt nötig sei. Aufgrund der hohen Auslastung erachtet es die GPK nicht als sinnvoll, den Rechtsdienst mit anderen Gemeinden zusammen zu führen. Weitere Fragen, die im Bericht nicht erscheinen, hatten laufende Verfahren und Personen betroffen, weshalb diese von der GPK aus Datenschutzgründen vertraulich behandelt werden müssen. Alle Fragen der GPK wurden zur Zufriedenheit beantwortet und die Kommission habe auch Einsicht in die eingeforderten Unterlagen erhalten. Für künftige Besuche wünscht sich die GPK, dass diese ohne Stadtratsmitglieder und Stadtverwalter stattfinden können. In der GPK war man sich anfangs nicht einig darüber, ob das Verfahrenspostulat abgeschrieben werden soll oder nicht. Das Verfahrenspostulat sieht vor, dass sich die GPK zum Ziel setzt, pro Jahr mindestens eine Dienststelle der Verwaltung zu besuchen, was mit dem Vorlegen des ersten Kommissionsberichtes noch nicht erfüllt wird. Es macht aber keinen Sinn, das Verfahrenspostulat für immer stehen zu lassen. Ausserdem deckt sich das Anliegen des Verfahrenspostulates der SP-Fraktion mit § 24 des ER-Geschäftsreglementes, in welchem unter anderem auch die Aufgaben der GPK umschrieben sind. Die GPK ist bereit, der Verwaltung ähnliche Besuche wie im Jahr 2011 auch weiterhin abzustatten. Der Rat wird um Kenntnisnahme des GPK-Berichtes gebeten und der Abschreibung des Verfahrenspostulates zuzustimmen.

Regula Nebiker (SP) stellt als Verfasserin des Postulates fest, dass die Stossrichtung des Vorstosses mit dem Verwaltungsbesuch durch die GPK unterstützt und somit das Ziel erreicht wurde. Einzig störend ist, dass von der GPK künftige Verwaltungsbesuche hinterfragt wurden, obwohl dies in anderen Gemeinden und auch beim Kanton praktiziert wird. Der Vorstoss wurde von ihrer Fraktion eingebracht, weil die Verwaltungsbesuche vergessen wurden. Die SP-Fraktion kann den GPK-Antrag für eine Abschreibung des Verfahrenspostulates unterstützen, zumal von der GPK auch weitere Verwaltungsbesuche in ihrem Bericht in Aussicht gestellt werden. Von der Kommission ist noch der rechtliche Sachverhalt zu klären, ob weitere Verwaltungsbesuche ohne Teilnahmen von Stadtratsmitgliedern und/oder Stadtverwalter statthaft sind. Dies ist ihrer Meinung nach nicht zulässig.

Andreas Lirgg (SVP) sagt, auch seine Fraktion unterstütze die Anträge der GPK.

Pascal Porchet (FDP) führt aus, dass er sich in der Sache nicht mit der Aussage von Vorrednerin Regula Nebiker einverstanden erklären kann. Die Verwaltungsbesuche der GPK haben nichts mit der Verbesserung der Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Einwohnerrat zu tun, wie dies von der Postulantin verlangt wurde. Bei den GPK-Besuchen werden einzelne Personen, jedoch nicht ganze Abteilungen besucht. Die Forderung der Postulantin wird auch nicht im GPK-Bericht thematisiert. Seine Fraktion wird der Abschreibung des Vorstosses gemäss Antrag der GPK zustimmen. Seine persönliche Grundhaltung ist, dass erst bei Bedarf die GPK Verwaltungsbesuche in den betreffenden Abteilungen abstattet und nicht von sich aus aktiv werden sollte.

Jürg Holinger (GL) glaubt, dass weitere Verwaltungsbesuche der GPK bei einer Abschreibung des Verfahrenspostulates ungewiss sein dürften. Entgegen der Meinung seines Vordrängers ist er der Ansicht, dass mit dem GPK-Besuch in der Rechtsabteilung doch das Vertrauen zwischen dem Einwohnerrat und der Verwaltung gefördert werden konnte. Der eingeschlagene Weg soll deshalb weiter verfolgt werden. Für ihn persönlich spiele es auch keine grosse Rolle, ob das Verfahrenspostulat nun abgeschrieben werde oder nicht. Allfällige Bedürfnisse und Probleme der Verwaltung kommen vermutlich auch erst bei solchen GPK-Besuchen zum Vorschein.

Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass in § 24 Abs. 1 des ER-Geschäftsreglementes lediglich festgehalten ist, dass die GPK die Tätigkeit der Gemeindebehörden und Mitarbeitenden zu prüfen hat. Es ist Sache der GPK, wie sie diese Bestimmung vollziehen möchte. Im Kanton gibt es eine Broschüre, welche die Aufgaben der GPK auch näher umschreibt. Bereits bei früheren GPK-Besuchen hatte es Besprechungen mit und ohne Stadtratsmitglieder gegeben. Solche Besuche wurden von allen Beteiligten als bereichernd empfunden. Die reglementarische Bestimmung stimmt deshalb nicht mit der Auslegung und Interpretation des Reglementes gemäss den vorgängigen Ausführungen von Pascal Porchet überein.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) informiert, ihre Fraktion sei zufrieden mit dem GPK-Bericht und danke auch den beiden GPK-Subkommissionsmitgliedern Meret Franke sowie Sabine Sutter für die geleisteten Arbeiten. Als GPK-Mitglied habe sie selbst von den gemachten Erfahrungen ebenfalls profitieren können, lernte sie doch damit einen Teilbereich der Verwaltung besser kennen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, seitens Stadtrat sei nichts mehr beizufügen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und über den GPK-Antrag abgestimmt werden kann.

://: Dem Antrag der GPK, dass vom Kommissionsbericht der GPK Kenntnis genommen und das Verfahrenspostulat Nr. 2010/102 als erfüllt abgeschrieben wird, stimmt der Rat mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung grossmehrheitlich zu.

278 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Sport- und Volksbad Gitterli AG: Betriebskostenbeiträge ab 2012 (Nr. 2011/175)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann feststellen, dass das Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist. Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung vor.

Hanspeter Stoll (SP) erklärt, seine Fraktion schlage eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage vor. Wie bereits in der Vorlage Nr. 2011/175 erwähnt, sind frühere Gitterli-Vorlagen in den letzten Jahren von der FIKO schon mehrmals im Detail beraten worden. Der Einwohnerrat war schon immer positiv zum Erhalt und Ausbau der Bäder AG eingestellt. Neu ist einzig, dass bei den künftigen Betriebskostenbeiträgen die Teuerung der letzten Jahre aufgerechnet wird. Eine Überweisung der Vorlage an die FIKO macht wenig Sinn, zumal diese im Moment andere, wichtigere Geschäfte zu beraten hat.

Paul Pfaff (SVP) kann als FIKO-Mitglied den Vorschlag von Hanspeter Stoll unterstützen. Ergänzend möchte er seinerseits festhalten, dass die Bäder AG sehr gute Arbeit leisten. Zurückgerechnet auf die letzten 10 Jahre machen die Mehrkosten der Betriebskostenbeiträge gerade einmal 0,8 Prozent aus. Seine Fraktion hatte sich an der letzten Sitzung für eine Überweisung der Vorlage an die FIKO ausgesprochen, doch könne er selbst den Vorschlag für eine Direktberatung unterstützen.

Thomas Eugster (FDP) unterstützt die Voten der Vorredner. Auffallend ist, dass Liestal rund 80 Prozent der gesamten Betriebskosten trägt, nicht aber 80 Prozent der Schwimmbadbesucher stellt. Der Vorlage kann entnommen werden, dass die umliegenden Gemeinden anscheinend keine Anpassung ihrer Beiträge um die Teuerung vornehmen. Im Zusammenhang mit der vorliegenden Vorlage hätte deshalb die FIKO zusammen mit dem Management der Bäder AG prüfen können, ob beispielsweise eine abgestufte Preispolitik sinnvoll wäre, indem beispielsweise Auswärtige höhere Eintrittspreise als Einheimische bezahlen müssten. Dies ist auch der einzige Grund, weshalb sich seine Fraktion für eine Überweisung der Vorlage an die FIKO ausspricht.

Paul Pfaff (SVP) weist darauf hin, dass die Überlegungen und der Vorschlag der FDP-Fraktion in der Vergangenheit schon mehrere Male in der FIKO diskutiert wurden. Es ist Sache der Bäder-Geschäftsleitung, diesbezügliche Verhandlungen mit den Gemeindepräsidenten der Partner- und Nachbargemeinden zu führen. Liestal hat eine Zentrumsfunktion und kann schlussendlich auch davon profitieren, wenn Gäste der umliegenden Gemeinden das Gitterli-Bad besuchen. Liestal kann nicht überall den Batzen und das Weggli haben, weshalb er seinerseits den FDP-Vorgehensvorschlag nicht unterstützen kann.

Heinz Lerf (FDP) weist als FIKO-Präsident darauf hin, dass der Finanzkommission bereits bei der Beratung der Vorlage Nr. 2010/106 im letzten Jahr bekannt war, dass die Betriebskostenbeiträge ab 2012 eine Erhöhung erfahren. Neu ist, dass die Baurechtszinsen von den Betriebsbeitragskosten entkoppelt wurden, was auch im Sinn der FIKO ist. Er kann deshalb eine Direktberatung der Vorlage Nr. 2011/175 an der heutigen Sitzung befürworten.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) spricht sich für eine Überweisung der Vorlage an die FIKO aus. In der Baurechtsvorlage Nr. 2011/176 und auch in der Betriebskostenbeitrag-Vorlage Nr. 2011/175 sind Positionen enthalten, welche indexgebunden sind. Von der FIKO sollte deshalb die Frage geprüft werden, ob wirklich alles indexgebunden sein soll, was schlussendlich Mehrausgaben zur Folge hat.

Daniel Spinnler (FDP) stellt fest, dass verschiedene Bäder-Vorlagen sowie Vorschläge und Massnahmen schon in der FIKO diskutiert wurden. Die Beratung der Vorlage Nr. 2011/175 dürfte in der FIKO nicht all zu viel Zeit beanspruchen. In diesem Zusammenhang könnte beispielsweise von der FIKO auch die Frage geprüft werden, ob Liestal beispielsweise für das Schulschwimmen weniger als die übrigen Gemeinden zahlen müsste, was in der FIKO auch bereits schon andiskutiert wurde. Eine Überweisung der Vorlage an die FIKO macht deshalb Sinn.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass betreffend einer Direktberatung oder Überweisung der stadträtlichen Vorlage keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Für eine Überweisung der Vorlage Nr. 2011/175 an die Finanzkommission (FIKO) sprechen sich 16 Ratsmitglieder aus.

://: Mit 20 Stimmen stimmen die Ratsmitglieder mehrheitlich einer Direktberatung der Vorlage Nr. 2011/175 zu.

Stadtrat Lukas Ott nimmt Bezug auf die Stellungnahmen der Vorredner, und hält fest, dass eine vermehrte Einbindung der umliegenden Gemeinden mit finanziellen Beiträgen zwischen dem Verwaltungsrat der Bäder AG und den Gemeinden verhandelt werden müsste. Für die Gemeinden ist es natürlich nicht wahnsinnig attraktiv, sich bei den Liestaler Bädern verstärkt zu engagieren, damit die Stadt ihre eigenen Beiträge senken kann. Nach den bisherigen Verhandlungen muss man wohl realistisch feststellen, dass man das Maximum des Möglichen wohl beinahe erreicht haben dürfte. Eine abgestufte Preispolitik dürfte einen Negativanreiz auf den Betrieb der Bäder AG bzw. die Besucherzahlen haben. Beim Schulschwimmen ist man der Meinung, dass man eine geldwerte Leistung der Bäder AG bezieht, was auch zur besseren Transparenz beiträgt. Sollten unterschiedliche Tarife beim Schulschwimmen angewendet werden, so müssten auch die Betriebskostenbeiträge wieder thematisiert werden, da die Bäder AG eine gewisse Finanzausstattung benötigen, um ausgeglichene Rechnungen präsentieren zu können. Bei den jährlichen Beiträgen für die Jahre 2012 bis 2016 handelt es sich um Fixbeträge, welche nicht von Jahr zu Jahr wieder angepasst bzw. indexiert werden. Erst bei der Festlegung der Beiträge ab dem Jahre 2017 soll der Index der letzten 5 Jahre wieder berücksichtigt werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Der stadträtliche Antrag wird nochmals verlesen.

://: Mit grossem Mehr bei einer Gegenstimme wird dem stadträtlichen Antrag zugestimmt und zur Erfüllung des Leistungsauftrages der Beitrag der Stadt Liestal an die Sport- und Volksbad Gitterli AG ab 2012 bis 2016 auf jährlich TCHF 520 festgelegt.

279 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Stadt Liestal – Bürgergemeinde Liestal: Vereinbarung betreffend Baurechtszinsen (Nr. 2011/176)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann feststellen, dass das Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Finanzkommission (FIKO) sowie die Speziakommission „Geschäfte Einwohnergemeinde mit Bürgergemeinde“ (GEB) zur Vorberatung vor.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, ihre Fraktion spreche sich für eine Überweisung der Vorlage aus.

Erika Eichenberger (GL) stellt fest, dass beim nächsten Traktandum auch die Überweisung der Vorlage Nr. 2011/177 betreffend den Waldweg-Entschädigungen zur Diskussion stehen wird. Ihre Fraktion spreche sich dafür aus, dass beide Vorlagen nur an die GEB-Spezialkommission überwiesen werden.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) erklärt, dass beide Vorlagen alle nötigen Informationen zur Entscheidungsfindung enthalten, weshalb er sich auch eine Direktberatung gut vorstellen könne. Die SVP-Fraktion unterstützt beide Vorlagen und kann sich mit der Überweisung derselben an die eine und/oder andere Kommission einverstanden erklären.

Walter Leimgruber (SP) teilt mit, dass auch seine Fraktion die Vorberatung der beiden Vorlagen nur durch eine Kommission befürworte. Da es sich um Finanzgeschäfte handelt, sollte der Rat die Vorlagen an die FIKO überweisen. Der Auftrag der GEB-Spezialkommission ist nicht klar und eine Beratung von Vorlagen durch zwei Kommissionen wenig ökonomisch.

Daniel Spinnler (FDP) verweist auf § 23 Abs. 1 Bst d des Geschäftsreglementes und meint, dass die Vorlage klar an die FIKO überwiesen werden müsste. Über den Vorschlag und Antrag, dass die Vorlage alleine von der GEB beraten würde, könne deshalb gar nicht abgestimmt werden.

Erika Eichenberger (GL) kann sich der Meinung ihres Vorredners anschliessen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Der Rat hat somit darüber zu entscheiden, ob die Vorlage an die FIKO und an die GEB oder alleine an die FIKO überwiesen werden soll.

://: Dem Vorschlag, dass die Vorlage Nr. 2011/176 an die FIKO und auch an die GEB-Spezialkommission überwiesen wird, stimmen 3 Ratsmitglieder zu.

://: Grossmehrheitlich stimmen die Ratsmitglieder dem Vorschlag zu, dass die Vorlage Nr. 2011/176 an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung überwiesen wird.

280 0.01.011.01 Einwohnerrat

**6. Vereinbarung zwischen Stadt Liestal und Bürgergemeinde Liestal:
Unterhalt der Waldwege (Nr. 2011/177)**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann feststellen, dass das Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Finanzkommission (FIKO) sowie die Spezialkommission „Geschäfte Einwohnergemeinde mit Bürgergemeinde“ (GEB) zur Vorberatung vor.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) weist auf die Wichtigkeit des Waldes hin und unterstützt den Vorschlag des Büros für eine Überweisung der Vorlage an die FIKO und GEB.

Daniel Spinnler (FDP) stellt fest, dass es gemäss vorgängiger Beratung und Entscheidung im Zusammenhang mit der Vorlage Nr. 2011/176 logisch ist, wenn auch die Vorlage Nr. 2011/177 nur an die FIKO überwiesen würde. Im Vertrag und auch im Antrag der stadträtlichen Vorlage sind kleinere Fehler entdeckt worden, welche im Zusammenhang mit dem Kommissionsbericht behoben werden könnten.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch ihre Fraktion folge der Logik und stimme einer Überweisung der Vorlage an die FIKO zu.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Dem Vorschlag, dass die Vorlage Nr. 2011/177 an die FIKO und auch an die GEB-Spezialkommission überwiesen wird, stimmt 1 Ratsmitglied zu.

://: Grossmehrheitlich stimmen die Ratsmitglieder dem Vorschlag zu, dass die Vorlage Nr. 2011/177 an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung überwiesen wird.

281 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Nachtragskredit zur Laufenden Rechnung 2011: Überprüfung und Beurteilung des Zustandes von 4 stadteigenen Überführungen über die H2-Umfahrung in Liestal (Nr. 2011/180)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann feststellen, dass das Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Direktberatung der stadträtlichen Vorlage vor. Die Fraktions-sprecher werden gebeten, sich dazu zu äussern, ob sie die Vorlage direkt beraten oder aber an eine einwohnerrätliche Kommission überweisen möchten.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass ihre Fraktion die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) beantrage: Die Zusammensetzung der Kosten sowie das Submissionsverfahren bedarf weiteren Detailabklärungen durch die BPK.

Matthias Zimmermann (SP) hält als Sprecher der SP-Fraktion fest, dass sich seine Fraktion für eine Direktberatung der Vorlage ausspreche, da die Notwendigkeit weiterer Abklärungen wohl unbestritten ist und es auch im Sinne der Stadt Liestal ist, dass das Geschäft bzw. die weiteren Abklärungen raschmöglichst in Angriff genommen werden können. Eine einwohner-rätliche Kommission könnte auch nach einer Vorberatung der Vorlage nicht viel Neues dazu beitragen.

Pascal Porchet (FDP) erklärt, auch die FDP-Fraktion spreche sich für eine Überweisung an die BPK aus. Von der BPK sollte geklärt werden, welchem Zweck die einzelnen Brücken zu-geführt werden sollen und wie der Zeithorizont der einzelnen Brücken aussieht.

Paul Pfaff (SVP) bemerkt, auch seine Fraktion kann eine Vorberatung der Vorlage durch die BPK unterstützen. Bei den Ingenieurkosten handelt es sich doch um einen sehr hohen Betrag, welcher für die Kontrolle von 4 Brücken beantragt wird. Ferner müsste noch geklärt werden, ob die zu vergebenden Arbeiten nicht öffentlich auszuschreiben wären. Die Kontrolle der Kasinobrücke ist vor ungefähr fünf Jahren bereits vorgenommen worden, und er frage sich deshalb schon, ob eine erneute bzw. zusätzliche Kontrolle überhaupt notwendig ist.

Hanspeter Zumsteg (GL) berichtet, dass sich auch seine Fraktion angesichts der hohen Kosten und vorgängig erwähnten Argumenten sowie Fragen ebenfalls für eine Überweisung der Vorlage an die BPK ausspreche.

Stadtrat Ruedi Riesen orientiert, er habe das Geschäft gemäss gestrigem Stadtratsbeschluss von Ratskollegin Marion Schafroth übernommen. Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Umfahrung Liestal inkl. der Analyse und den Reparaturarbeiten bei den Brücken wurden bereits in Angriff genommen. Die Stadt hatte im Mai dieses Jahres von den notwendigen Brückenuntersuchungen erfahren und das Geschäft ist von den Betrieben aufgearbeitet worden. Es ist ein sehr unschönes Geschäft, von welchem der Stadtrat erst anfangs der Sommerferien erfahren habe und man vom Kanton einfach vor Tatsachen gestellt wurde. Speziell ist zu berücksichtigen, dass die erwähnten 4 Brücken vor rund 40 Jahren vom Kanton der Gemeinde geschenkt wurden. Die Stadt Liestal hatte es bis anhin verpasst, die Brücken richtig zu sanieren. Einzig die Kasinobrücke ist vor kurzer Zeit oberflächlich saniert worden. Die Analysearbeiten sind sehr kostspielig und die vor kurzer Zeit mit einem Skylift durchgeführte Analyse hatte sich lediglich auf die Oberflächen beschränkt. Mit der beantragten Zustandsüberprüfung sollen die Brücken nun aber richtig durchgeröntgt werden, damit anhand der fundierten, aufwändigen Abklärungen auch die Sanierungskosten für diejenigen Brücken ermittelt werden können, welche weiterhin genutzt werden sollen.

Von der BPK können sicher noch Fragen gestellt werden, doch werden die Kosten von CHF 190'000 für die Analysearbeiten bei den 4 Brücken so oder so anfallen. Es ist ein unschönes Geschäft und die Vorgehensweise des Kantons ist nicht ganz fair.

Stadträtin Marion Schafroth hält fest, dass sie bei den vorgängigen Erklärungen ihres Ratskollegen teilweise doch leer schlucken musste. Sie halte an dieser Stelle deshalb fest, dass die Betriebe beim vorliegenden Geschäft nicht involviert waren und dieses Geschäft auch nicht von den Betrieben aufbereitet wurde. Sämtliche Verhandlungen wurden vom Stadtbauamt geführt.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass betreffend der weiteren Behandlung des Geschäfts keine Wortbegehren mehr angemeldet werden. Bei der anschliessenden Abstimmung gehe es darum, ob die Vorlage Nr. 2011/180 direkt beraten oder aber an die BPK überwiesen werden solle.

://: Einer Direktberatung der Vorlage stimmen 4 Ratsmitglieder zu.

://: Mit grossem Mehr spricht sich der Einwohnerrat für eine Überweisung der Vorlage Nr. 2011/180 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung aus.

282 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Antwort Stadtrat zur Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend „Wald an der Goldbrunnenstrasse“ (Nr. 2011/168)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Hanspeter Meyer
namens der SVP-Fraktion
Einwohnerrat Liestal*

23. Mai 2011

I n t e r p e l l a t i o n b e t r . W a l d a n d e r G o l d b r u n n e n s t r a s s e

Vor einiger Zeit habe ich in der Fragestunde das Problem bezüglich des entstehenden Waldes an der Goldbrunnenstrasse zur Diskussion gestellt. Damals wurde seitens des Stadtrates versichert, dass die Problematik mit den Vertretern des Kantons erörtert werde. Geschehen ist aber in der Zwischenzeit nichts, und der vordere Teil der Goldbrunnenstrasse schliesst sich langsam aber sicher zu einem Wald.

Es ist sicher nicht im Interesse der Stadt, wenn in Wohnquartieren Wälder entstehen, wenn auch versichert wurde, dass bezüglich Waldfeststellung damit keine Probleme entstehen werden. Wir Bewohner im Goldbrunnenquartier möchten nicht durch einen Wald von der übrigen Stadt abgetrennt werden. Die vielen Bäume und Gebüsche stellen – besonders in der Nacht – auch ein Risikofaktor dar, denn bereits sind mehrere Strassenlampen „hinter den Bäumen verschwunden“, und der Weg zu Fuss ist kaum mehr zumutbar, weil auch das Trottoir teilweise nicht mehr begehbar ist.

Im Übrigen sei festgehalten, dass sich auch in andern Liestaler Quartieren der Wald im Baugebiet „ausbreitet“.

Ich frage deshalb den Stadtrat:

- 1. Ist er auch der Meinung, dass alles daran gesetzt werden muss, um zu vermeiden, dass im Wohngebiet Wald entsteht?*
- 2. Ist er bereit, unverzüglich dafür zu sorgen, dass die erwähnten Flächen gerodet oder mindestens ausgedünnt werden?*

*Hanspeter Meyer
namens der SVP-Fraktion*

* * * * *

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat R. Riesen nimmt zu den Fragen des Interpellanten Stellung:

Antwort zu Frage 1: Auch der Stadtrat ist klar der Meinung, dass alles daran gesetzt werden muss, dass in Wohngebieten Wald entsteht. Das Waldfeststellungsverfahren ist seit Jahren abgeschlossen und innerhalb des Siedlungsgebietes wird kein neuer Wald entstehen.

Antwort zu Frage 2: Die Betriebe machen die Bevölkerung immer wieder auf das Zurückschneiden von Sträuchern und Hecken aufmerksam und veranlassen auch das Nötige bei den gemeindeeigenen Grundstücken. Dem Einwohnerrat wird demnächst vom Stadtrat das Landschaftsentwicklungskonzept zur Kenntnis gebracht und vorgestellt. In diesem Konzept wird unter anderem festgehalten, dass im Siedlungsgebiet ökologische Ausgleichsflächen geschaffen werden sollen.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Informationen und Antworten, wünscht aber die Diskussion.

Persönlich habe er nichts gegen Bäume und Grünflächen. Aber auch die sichere Erschliessung eines Quartiers ist Bestandteil unserer Lebensqualität. An Ort kann man sich aber davon überzeugen, dass das in seinem Vorstoss erwähnte Quartier mit dem Heranwachsen des Waldes zunehmend abgeschnitten und vom übrigen Liestal auch abgegrenzt wird. Den Vorstoss habe er im Mai eingereicht, doch ist auch seither nichts gegangen. Strassenlampen und auch Verkehrsschilder sind teilweise eingewachsen, auch die Unterhaltsarbeiten der Stadt lassen zu wünschen übrig. Ähnliche Rückmeldungen habe er beispielsweise auch aus dem Weidquartier erhalten. Und je mehr Bäume und Sträucher gesetzt werden, desto aufwändiger dürften Unterhaltsarbeiten werden. Im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision ist das Gebiet an der Goldbrunnenstrasse mit dem entstehenden Wald einer Spezialzone zugewiesen worden. Ist es vielleicht eine Taktik des Kantons, das Gebiet zuwachsen zu lassen, damit es nicht mehr bebaubar ist? Er hoffe deshalb, dass vom Stadtrat und auch der Verwaltung alles Nötige dringlichst veranlasst wird und diesbezüglich auch dem Kanton auf die Finger geschaut werde.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Somit ist die Interpellation Nr. 2011/168 beantwortet und erledigt.

283 0.01.011.01 Einwohnerrat

**9. Postulat von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion
betreffend späten Würdigung des Zeichners Max Schneider (Nr.
2011/169)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Elisabeth Augstburger
CVP/EVP/GLP Fraktion

24. Mai 2011

Postulat

Späte Würdigung des Zeichners Max Schneider (1916 – 2010)

Max Schneider wurde 1916 in Reigoldswil geboren und hat Zeit seines Lebens als Architekt, Zeichner und Kunstschaffender im Baselbiet, aber auch weit über dessen Grenzen hinaus in der Regio Basiliensis gewirkt. Seine Zeichnungssammlungen umfassen mehr als 3000 Werke, Dachlandschaften, Architekturzeichnungen, Landschaften und insbesondere grossformatige Jurapanoramen. Mit dem Blick auf das Wesentliche sind diese Bilder in ihrer originären Art oft aussagekräftiger als jede Photographie. Hierdurch ist ein hervorragender Fundus mit hohem Dokumentationswert entstanden.

Max Schneider war selbst in seinen letzten Jahren ein zukunftsgerichteter Schaffer, ein moderner Mensch, der seine Umwelt bei jeder Wind- und Wetterlage ständig beobachtete und seine Eindrücke mit dem Zeichenstift festhielt. Davon zeugen weit über 100 Skizzenmappen und zeichnerische Baudokumentationen.

Seine Liebe zum Baselbiet, zu seinen Landschaften und Siedlungen bleiben uns in einem immensen Lebenswerk erhalten. Mit der Unterstützung des Kantons aus dem Lotteriefond und mit der Hilfe der Stadt Liestal konnte in den letzten Monaten unter wissenschaftlicher Leitung in den Kulturgüterschutzräumen der Stadt Liestal das Max Schneider Werkarchiv aufgebaut werden.

Ich bitte den Stadtrat zu prüfen, in welcher Form Max Schneiders grosse Schaffenskraft zur künstlerischen Dokumentation des Baselbiets postum gewürdigt werden kann. Allenfalls gibt es die Möglichkeit, einen geeigneten geographischen Standort, z.B. einen Aussichtspunkt nach dem Zeichner Max Schneider zu benennen und diesen in das kantonale Flurnamensregister aufzunehmen.

(Regina Vogt hat sich bereits im Landrat für dieses Anliegen eingesetzt. Dort wurde der Vorstoss überwiesen und gleichzeitig abgeschlossen mit dem Hinweis, dieses Anliegen auf kommunaler Ebene einzubringen.)

Elisabeth Augstburger

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte. Die Anliegen der Postulantin sind aus Sicht des Stadtrates bereits erfüllt worden. Das Archiv des verstorbenen Max Schneider ist von dessen Söhnen bereits digitalisiert und die Bildersammlung ist vom Dichter- und Stadtmuseum bereits im Archiv des Kulturgüterschutzes in der Frenkenbündten eingelagert worden. Ebenfalls wird vom Dichter- und Stadtmuseum nach Rücksprache mit den Angehörigen des Verstorbenen eventuell noch ein Gedenkstein erstellt.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) hält als Postulantin fest, dass sie das Anliegen aus einem Vorstoss von Landrätin Regina Vogt eingebracht habe. Sie habe die Ausführungen der Stadtpräsidentin positiv zur Kenntnis genommen und mache beliebt, dass ihr Vorstoss an den Stadtrat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben werde.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, seine Fraktion unterstütze den Vorschlag der Postulantin.

Franz Kaufmann (SP) meint, das Postulat sei ein völliger Missgriff in das politische Instrumentarium, denn sonst müssten sich Einwohnerrat und Stadtrat künftig noch mit unzähligen Vorstössen im Zusammenhang mit der Namensgebung bei neuen Strassen usw. beschäftigen. Der Stadtrat hat sein Möglichstes getan und auch das Dichter- und Stadtmuseum hatte sich für eine Archivierung der Bildersammlung eingesetzt. Der zwischenzeitlich verstorbene Künstler konnte sich selbst noch davon überzeugen, wo seine Sammlung aufbewahrt wird. Es gibt bzw. gab noch weitere bedeutende Personen und Künstler aus Liestal, welche ebenfalls noch eine Würdigung verdienen, wie sie von der Postulantin im Falle des Zeichners Max Schneider verlangt werden. Der Stadtrat hat bereits bewiesen, dass er auch ohne Postulat einen Emma Herwegh-Platz bezeichnen kann. Seitens Stadt wurde das Möglichste getan und deshalb wird die SP-Fraktion die Überweisung des Vorstosses ablehnen.

Meret Franke (GL) informiert, ihre Fraktion werde einer Überweisung mit gleichzeitiger Abschreibung des Vorstosses zustimmen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Für eine Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Vorstosses sprechen sich 18 Ratsmitglieder aus. 17 Ratsmitglieder stimmen dagegen, dass das Postulat an den Stadtrat überwiesen wird. 1 Ratsmitglied enthält sich der Stimme.

* * * * *

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert nach der Pause darüber, dass man nochmals auf das Geschäft betreffend dem Postulat Nr. 2011/169 zurückkommen müsse: In der Pause wurde ein Additionsfehler bzgl. der gezählten Stimmen festgestellt. Es wird festgestellt, dass sich 37 Ratsmitglieder im Saal befinden, was identisch mit der Anzahl an Stimmberechtigten der ersten Abstimmung ist. Bei der ersten Abstimmung wurden aber nur total 36 Stimmen gezählt, weshalb die Abstimmung nochmals durchgeführt werden muss.

://: Für eine Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Vorstosses sprechen sich 18 Ratsmitglieder aus. 18 Ratsmitglieder stimmen dagegen, dass das Postulat an den Stadtrat überwiesen wird. 1 Ratsmitglied enthält sich der Stimme.

://: Mit Stichentscheid des Ratspräsidenten stimmt der Einwohnerrat dem Antrag der Postulantin zu, dass das Postulat an den Stadtrat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben wird.

284 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Reklame-Reglement – Zwischenbericht Stadtrat zur Motion von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Ergänzung Reklamereglement (Nr. 2005/46 – Nr. 2005/46d)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) schlägt vor, dass sich Motionärin Elisabeth Augstburger zum stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2005/46d äussert.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) stellt als Mitunterzeichnerin der Motion fest, dass der Vorstoss schon vor längerer Zeit überwiesen wurde. Es bedarf sicher eines Reklamereglementes, doch müsste sich der Stadtrat Überlegungen betreffend der Umsetzung der nach wie vor gültigen reglementarischen Bestimmungen machen. Zu erwähnen ist auch, dass beispielsweise Pratteln auch das Aufhängen von Wahlplakaten reglementarisch regelt. Als Motionärin nehme sie Kenntnis vom stadträtlichen Zwischenbericht.

John Brunner (SVP) teilt mit, dass auch die SVP-Fraktion den ausführlichen Zwischenbericht des Stadtrates zur Kenntnis nehme.

Elisabeth Spiess (GL) orientiert, auch ihre Fraktion werde dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) sagt, ihre Fraktion sei gespannt, wie der neue Reglementsentswurf aussehen werde, welcher dem Einwohnerrat vom Stadtrat in der ersten Hälfte 2012 zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet wird.

Daniel Spinnler (FDP) erklärt, er hoffe auch für die örtlichen Unternehmungen auf eine baldmöglichste Lösungsfindung, die unbürokratisch sein soll und schlussendlich auch verhält.

Stadtrat Ruedi Riesen meint, das Reklamereglement beschäftige ihn nun auch schon seit Jahren. Das gültige Reglement basiert auf einer GOR-Version, welche vom Einwohnerrat gutgeheissen wurde. Er hoffe nun doch, dass der Stadtrat bei der Reglementsüberarbeitung etwas mehr Glück haben wird und das neue Reglement zu weniger Diskussionen Anlass geben wird.

Walter Leimgruber (SP) meint, verschiedentlich sei in der Vergangenheit schon eine Verschlinkung des Reklamereglementes thematisiert worden. Die Umsetzung der reglementarischen Bestimmungen bereite allen Mühe und eine baldmöglichste Reglementsrevision mache Sinn.

Enrico Kiefer (FDP) erinnert daran, dass die ursprüngliche Absicht der Motionäre eine Reglementsergänzung bezüglich der Vereinswerbung ortsansässiger Vereine für auswärtige Anlässe war. Seit Einreichung der Motion im Jahre 2005 besteht diesbezüglich wohl immer noch ein rechtsloser Raum.

Stadtrat Ruedi Riesen freut sich eigentlich auf die anstehende Reglementsrevision, da es sich beim gültigen Erlass doch eher um ein Verbotsreglement handelt. Er hofft, dass es dem Stadtbauamt gelingen wird, ein schlankeres Reglement ausarbeiten zu können. Bezugnehmend auf seinen Vorredner kann er bestätigen, dass im Moment pragmatische Ansätze angewendet werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei einer Gegenstimme nimmt der Einwohnerrat Kenntnis vom stadt-rätlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2005/46d.

285 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Kinderkrippenplätze, Trägerschaft – Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze (Nr. 2006/121 – Nr. 2006/121c)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) schlägt vor, dass sich zuerst die Postulantin zur stadträtlichen Vorlage Nr. 2006/121c äussern soll.

Erika Eichenberger (GL) hält als Postulantin fest, dass es sich bei ihrem Vorstoss nun doch bald um ein historisches Geschäft handelt. Der stadträtliche Zwischenbericht wird dankend zur Kenntnis genommen. Es ist ja in weiten Kreisen unbestritten, dass familienergänzende Angebote in der Kinderbetreuung auch eine öffentliche Aufgabe sind, welche gemeinsam mit den Familien erfüllt werden sollen. Kinderkrippen sind Angebote im Vorschulbereich, der Mittagstisch und Tagesschulangebote sind dem Schulalter zuzuordnen. Für beide Altersgruppen liegen kantonale Gesetzesvorlagen vor, welche aktuell im Landrat behandelt werden. Die eine Vorlage mit der Vorschulbetreuung ist am 19. Januar 2011 von der landrätlichen Kommission bereits verabschiedet worden und kann im Internet eingesehen werden. Die andere Vorlage wird im Landrat im Herbst dieses Jahres noch beraten. Die stadträtliche Haltung, dass der Ausbau von Tagesbetreuungsplätzen auch ohne kantonale Gesetzgebung voran getrieben werden soll, wird in ihrer Fraktion begrüsst, zumal die Nachfrage nach solchen Angeboten erwiesen ist. Ebenfalls wird die stadträtliche Absicht für einen Strategiewechsel bezüglich der Subventionspolitik begrüsst. Es muss trotzdem das Ziel bleiben, dass die bestehenden Angebote in Liestal nachhaltig abgesichert werden und auch die weitere Entwicklung der heutigen Angebote weiterhin möglich sein wird. Auch die Qualitätsmassstäbe bezüglich der Kinderbetreuung sollten gewährleistet sein, auch wenn ein Systemwechsel vollzogen würde. Einkommensabhängige Beiträge im Frühbereich an die Erziehungsberechtigten sind auch im neuen kantonalen Gesetz vorgesehen. Es ist richtig, dass der Stadtrat die landrätlichen Entscheide betreffend der neuen Gesetzgebung abwartet. Andere Gemeinden wie beispielsweise Bottmingen haben nicht zugewartet und familienergänzende Angebote längst umgesetzt. Liestal will junge, gut gebildete sowie gut verdienende Familien. Diese sollen nun auch ein Angebot an Betreuungsplätzen zur Verfügung haben, weshalb der Stadtrat den richtigen Zeitpunkt nicht verpassen darf, und selbst die nötigen Schritte einleiten würde, sollte der Kanton innert Kürze noch zu keinem Entschluss kommen. Sechs Jahre sind seit der Einreichung ihres Vorstosses vergangen und es dürfen wohl keine weiteren sechs Jahre mehr bis zur Umsetzung vergehen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) unterstützt die Ausführungen der Postulantin. Das Abwarten der kantonalen Gesetzgebung macht Sinn und man kann gespannt sein, ob sich auch der Kanton zu einem finanziellen Strategiewechsel durchringen kann. Sie hoffe natürlich, dass Heime und Institutionen wie beispielsweise das Tagesheim Sunnewirbel auch weiterhin existieren können.

Regula Nebiker (SP) legt dar, dass bei einem kürzlichen Quartierfest auch viele neu zugezogene Familien präsent waren. Bei den verschiedenen Gesprächen stellte sie fest, dass in Liestal ein Betreuungsbedarf für Kinder aller Altersklassen vorhanden ist. Ihre Fraktion befürchtet, dass die stadträtliche Strategie einerseits mit einem Abwarten und andererseits gar mit einem Abwälzen zu tun hat. So fehlt im stadträtlichen Bericht auch eine klare Aussage bzw. Absichtserklärung betreffend dem Tagesheim Sunnewirbel. Auch ist vermutlich eine gewisse Steuerung der Gemeinden betreffend zusätzlichen familienergänzenden Betreuungsangeboten und deren Standorten nötig.

Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass seine Fraktion vom Zwischenbericht Kenntnis nehme und den vom Stadtrat vorgeschlagenen Weg bezüglich dem Systemwechsel begrüsse, womit man von einer Objektfinanzierung neu zu einer Subjektfinanzierung kommen will. Damit bekommen alle Anbieter die gleich langen Spiesse und seine Fraktion erwarte deshalb auch, dass eine spürbare Ausweitung der Angebote eintreten wird. Dann sind auch die Rahmenbedingungen auf längere Sicht hin klar, worauf sich die Anbieter dann auch einrichten können. Ein bedarfsgerechtes Angebot wird sich mit diesem System sicher rascher einstellen, als bisher. Das Wichtigste ist aber, und das gilt auch für das System der Subjektfinanzierung, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. In einem ersten Schritt müsste auch der Bund einsehen haben, die Regelungsdichte reduziert und von der Verakademisierung der Kinderbetreuung abgesehen werden. Die entsprechende Verordnung hat dies auch im zweiten Entwurf noch nicht erfüllt und ist deshalb ein weiteres Mal zur Überarbeitung zurückgeschickt worden. Im Moment sieht es so aus, dass der Kanton im Vorschulbereich den Systemwechsel ebenfalls vollziehen möchte. Es kann aber nicht sein, dass der Kanton die Aufgaben an die Gemeinden übergibt und dabei bereits Preise fixiert, obwohl vom Bund her die Vorgaben noch nicht klar und abgesegnet sind. Die Vorlage ist deshalb im Landrat auch stark umstritten, und es ist unklar, ob und wie die Vorlage überhaupt durchkommen wird. Die Gefahr ist vorhanden, dass weiterhin auf Kantonsebene keine Lösung vorhanden ist und die Eltern noch länger zuwarten müssen. In diesem Sinn begrüsst die FDP-Fraktion zwar die Absicht des Stadtrates, dass es selbst bei einer kantonalen Nulllösung auf Gemeindeebene vorwärts gehen soll. Aber der Stadtrat sollte auf jeden Fall mit der Preisbildung zuwarten, bis auf Bundesebene die Anforderungen an die Anbieter von familienergänzenden Tagesstrukturen definitiv klar sind. Erst dann ist es auch möglich, eine vernünftige Kostenbasis zu berechnen. Zudem wird empfohlen, die Aufgabe der familienergänzenden Tagesstrukturen von der Förderung der schwächeren Kinder zu trennen. So braucht es beispielsweise gerade im Kleinkinderbereich keine Akademiker, um die Aufgaben in diesem Bereich erledigen zu können. Sind aber beispielsweise in einem Fach Förderungsmassnahmen nötig, so braucht es dafür sicher eine ausgebildete Lehrperson.

Andreas Lirgg (SVP) äussert, dass zum Geschäft schon viel gesagt wurde und er keine Ergänzungen mehr anbringe. Seine Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom stadträtlichen Zwischenbericht.

Walter Leimgruber (SP) nimmt Bezug auf das Votum des FDP-Fraktionssprechers bezüglich der erwähnten Akademisierung von Ausbildnern. Er gibt seinem Ratskollegen einerseits Recht, dass die Levels im Ausbildungsbereich permanent angestiegen sind. Doch ist auffallend, dass viele Tagesheime Schulabgängerinnen als Praktikantinnen anstellen, die meist eine Hundertprozentstelle haben, bezüglich dem Ausbildungsbeginn vertröstet werden und als billige Hilfskräfte wesentliche stützende Arbeit leisten, jedoch nicht akademisiert bzw. ausgebildet sind. Es kann und darf ja nicht sein, dass Tagesheime nur dank der Anstellung billiger Arbeitskräfte existieren können.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) merkt an, dass das Geschäft aktuell erst in einer landrätlichen Kommission beraten wird. Ob das neue Gesetz dann im Landrat auch von einer 4/5-Mehrheit beschlossen wird, dürfte vermutlich auch nicht so klar werden. Eine Volksabstimmung über das kantonale Gesetz dürfte dann gar noch zu weiteren Verzögerungen führen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin dankt für die wohlwollenden Voten aller Fraktionssprecher. Der Bedarf an familienergänzenden Angeboten ist unbestritten. Sie sei froh, dass im Tagesheim Sunnewirbel qualifizierte sowie ausgebildete Arbeitskräfte tätig sind und gar Ausbildungsplätze angeboten werden. Der Stadtrat möchte bezüglich dem Systemwechsel die Kantonsentscheide nicht abwarten und vorwärts machen. Diesbezügliche Gespräche wurden bereits geführt.

Das Tagesheim Sunnewirbel bietet beispielsweise den Mittagstisch auch während den Schulferien an. Vor allem Alleinerziehende beanspruchen oftmals Sozialhilfe, weil sie wegen mangelnder Betreuung ihrer Kinder keiner Arbeit nachgehen können. Der Stadtrat ist an der Arbeit und möchte baldmöglichst Lösungen für Kinder aller Altersklassen anbieten können.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat Kenntnis vom stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2006/121c.

286 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Sicherheitscheck im öffentlichen Raum – seniorenfreundliches Liestal; 2. Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion (Nr. 2007/152 – Nr. 2007/152b)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt die Frage, wer sich von der SP-Fraktion stellvertretend für die Postulantin zum Zwischenbericht des Stadtrates äussern wird.

Franz Kaufmann (SP) hält fest, dass das Postulat schon vor einigen Jahren überwiesen wurde und die Postulantin zwischenzeitlich aus dem Rat ausgeschieden sei. Mit dem Vorstoss wurde ein Sicherheitscheck durch ein professionelles Büro verlangt, doch gemäss stadträtlichem Bericht werden die Anliegen der Postulantin ganz klar nicht erfüllt. Die SP-Fraktion kann sich aber mit dem pragmatischen Vorgehen des Stadtrates einverstanden erklären, wie sie in der Vorlage Nr. 2007/152b aufgeführt werden. Sicher handelt es sich um eine umfassende Aufgabe der Stadt. Er selbst mache immer wieder Erfahrungen, wenn er mit seiner Mutter im Rollstuhl in Sissach unterwegs ist. Schwellen und unüberwindbare Hindernisse trifft man auch in Liestal an. Institutionen wie „Pro Senectute“, die Stiftung „Mosaik“ usw. geben den Gemeinden immer wieder Informationen bezüglich möglicher Verbesserungen ab. Seine Fraktion kann sich mit der Abschreibung des Postulates einverstanden erklären.

Jürg Holinger (GL) erklärt, die Grüne Fraktion könne sich mit vielen Punkten gemäss stadträtlichem Bericht einverstanden erklären. So wird hoffentlich bezüglich der Problematik und dem gravierenden Mangel bei der SBB-Unterführung für Rollatoren und Kinderwagen raschmöglichst eine Lösung gefunden. Im Bericht ist viel vom Langsamverkehr allgemein die Rede. Doch ist zu beachten, dass ein flächendeckender Langsamverkehr noch nicht alle Bedürfnisse abdeckt, die von betagten Menschen erwartet werden. So wird beispielsweise von der Einstellung von Grünlichtphasen bei Lichtsignalanlagen sowie dem von der Postulantin verlangten Sicherheitscheck im stadträtlichen Bericht überhaupt nichts erwähnt. Der neue Radstreifen bei der Oristalunterführung ist zwar schön und recht, doch bringe dieser den betagten Menschen überhaupt nichts. Auch seine Fraktion kann aber der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) meint, dass die Fragen, Vorschläge und Begehren auch mit dem vorliegenden Bericht des Stadtrates nicht beantwortet und erfüllt werden. So ist nach wie vor nicht klar, ob das im Postulat erwähnte Beratungsbüro in Genf überhaupt kontaktiert wurde oder nicht. Es liegt zwar ein guter Bericht des Stadtrates vor, doch geht dieser nicht oder viel zu wenig auf das Postulat ein. Im Titel der Vorlage Nr. 2007/152b ist erwähnt, dass es sich um einen zweiten Zwischenbericht handelt, doch wird vom Stadtrat beantragt, dass man vom Bericht Kenntnis nehme und das Postulat als erfüllt abschreibe. Sie möchte deshalb wissen, ob es nun heute um die Kenntnisnahme des Zwischenberichtes oder aber um die Kenntnisnahme und auch Abschreibung des Postulates gehe. Ihre Fraktion nehme den Bericht zur Kenntnis, wird aber der Abschreibung des Postulates nicht zustimmen.

John Brunner (SVP) bemerkt, dass seine Fraktion die Vorlage Nr. 2007/152b als Schlussbericht betrachte und deshalb der Abschreibung des Postulates gemäss stadträtlichem Antrag zustimmen werde.

Matthias Zimmermann (SP) äussert, dass es sich beim vorliegenden Vorstoss nicht alleine um ein soziales Postulat, sondern auch um ein wirtschaftliches Anliegen gehe. Denn die kaufkräftigen älteren Leute sollten es einfacher haben, um ins Stedtlı kommen zu können. Die SBB-Unterführungen sind eine echte Katastrophe und die Rampen können beispielsweise auch mit einem Rollenkoffer nicht bewältigt werden.

Enrico Kiefer (FDP) begleitet hier und da seine Schwiegermutter mit ihrem Rollator in Liestal und konnte deshalb auch schon die eine oder andere Erfahrung betreffend Hindernissen machen. Mit 4 Jahren Bearbeitungszeit ist das Postulat nun doch auch in die Jahre gekommen und der stadträtliche Bericht etwas dürftig, wird doch darin auf verschiedene Punkte des Postulates überhaupt nicht eingegangen. Hinweise auf die Schwachstellenanalyse beim Velowegnetz sowie Fusswegnetz und getroffenen Massnahmen beim Langsamverkehr dürften für die Anliegen der Postulantin wohl kaum genügen. Trotzdem nimmt die FDP-Fraktion den Bericht zur Kenntnis und stimmt auch der Abschreibung des Postulates zu. Die Einreichung eines neuen Vorstosses zu diesem Thema wäre aber vermutlich sinnvoll.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, dass Ratskollege Riesen Ruedi zu verschiedenen Punkten noch Stellung nehmen wird. Die SBB-Unterführungen müssen auch von ihr als katastrophal bezeichnet werden. Verschiedene Augenscheinnahmen und Besprechung mit SBB- und Baufachleuten waren bisher erfolglos, so dass weiterhin wöchentlich mehrere Reklamationen auf der Verwaltung eingehen.

Stadtrat Ruedi Riesen findet die SBB-Unterführungen ebenfalls eine Schande, was er an der Sitzung mit SBB-Vertretern vom 16. September 2011 auch ganz deutlich zum Ausdruck bringen wird. Sehr gedämpft hatten die Fraktionssprecher den stadträtlichen Bericht gelobt. Er möchte an dieser Stelle festhalten, dass seit der Postulatsüberweisung im Jahre 2007 doch einige Massnahmen zu Gunsten der Seniorensicherheit getroffen wurden. So dienen beispielsweise die aufgezeichneten Blindenstriche auch den Betagten von Liestal. So wurden auch bei jedem Neubauprojekt die Organisationen „Procap“ und „Pro Velo“ beigezogen und deren Anliegen berücksichtigt. Von den Betrieben werden auch die Randsteine neu so gesetzt, dass diese für Rollstühle und Rollatoren kein Hindernis mehr sind. Pragmatisch wurden konsequent Verbesserungen umgesetzt. Das Fehlen eines Sicherheitschecks durch das von der Postulantin erwähnte Beraterbüro in Genf kann damit begründet werden, dass pragmatische und kostengünstige Massnahmen umgesetzt wurden. Aus den im Bericht erwähnten verschiedenen Massnahmenkatalogen wird eine Planung abgeleitet und dem Einwohnerrat ein Gesamtkonzept unterbreitet, in welchem auch die Kostenfolgen aufgezeigt werden.

Adrian Mächler (FDP) erinnert sich etwa zehn Jahre zurück, denn schon damals ist ein Projekt betreffend der SBB-Unterführung gestorben, da sich der Einwohnerrat nicht an den Kosten beteiligen wollte.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Mit Ausnahme einer Fraktion haben sich alle Fraktionen für die Postulatsabschreibung ausgesprochen.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass über beide stadträtlichen Anträge gemäss Vorlage Nr. 2007/152b in einer Abstimmung abgestimmt werden kann.

://: Vom stadträtlichen Bericht vom 16. August 2011 wird einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat Nr. 2007/152 als erfüllt abgeschrieben.

287 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Aufwertung der Altstadt – 2. Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend Aufwertung der Altstadt (Nr. 2007/160 – Nr. 2007/160b)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt die Frage, wer sich namens der FDP-Fraktion bzw. stellvertretend für den Postulanten zum stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2007/160b äussert.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, dass auch der vorliegende Vorstoss des früheren Ratsmitgliedes Hans Brodbeck nicht mehr neueren Datums ist. Der stadträtliche zweite Zwischenbericht wird von seiner Fraktion zur Kenntnis genommen. Gemäss vorliegendem Bericht liegen nun die Resultate zu den verschiedenen Projekten vor. Die FDP-Fraktion stellt deshalb den Antrag, dass die Resultate der Projektierung zur Aufwertung der Altstadt (Arena und Haus zur Allee) den BPK-Mitgliedern an der nächsten regulären BPK-Sitzung vorgestellt werden.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, dass der formulierte Antrag auch den Vorstellungen seiner Fraktion entspricht. Auf die Unterbreitung eines diesbezüglichen Antrages habe man aber verzichtet, da man davon ausgegangen ist, dass die Projektunterlagen von der BPK im Zusammenhang mit Vorberatung des Entwicklungsplanes 2012-2016 gesichtet werden. Die Sanierung des Hauses zur Allee ist im Entwicklungsplan auf Seite 7 bei der Aufzählung der Sondervorlagen nicht aufgeführt, doch hoffe man, dass diese Vorlage dem Einwohnerrat doch spätestens nächstes Jahr vorgelegt werde.

Stadtrat Ruedi Riesen weist darauf hin, dass die relative lange Planungsphase darauf zurückzuführen ist, dass sich das gebildete Gremium mit Vertretern aus Politik, KMU, Vereinen usw. genügend Zeit genommen hatte. Für die Umsetzung der Projekte waren auch die dafür nötigen Finanzen nicht immer vorhanden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält ergänzend fest, dass das Haus zur Allee sanierungsbedürftig ist, was man beispielsweise auch beim Einrichten der Velostation festgestellt hatte. Die diesbezügliche Einwohnerratsvorlage kann dem Einwohnerrat für die nächste Einwohnerratssitzung vorgelegt werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat Kenntnis vom stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2007/160b.

://: Dem Zusatzantrag der FDP-Fraktion, dass die Resultate der Projektierung zur Aufwertung der Altstadt (Arena und Haus zur Allee) den BPK-Mitgliedern an der nächsten regulären BPK-Sitzung vorgestellt werden, wird einstimmig zugestimmt.

288 0.01.011.01 Einwohnerrat

14. Bericht Stadtrat zum Postulat von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend „Raum für Gewerbe, Jungunternehmen, Kulturschaffende“ (Nr. 2008/205, Nr. 2008/205a)

Franz Kaufmann (SP) dankt als Postulant für den stadträtlichen Bericht vom 16. August 2011. Seine positive Einschätzung der stadträtlichen Antwort kann er in zwei Teilen zusammenfassen. Einerseits ist man mit dem Vorstoss auf ein Problem aufmerksam und sensibilisiert worden, ausgelöst durch die ganze Hanro-Geschichte. Andererseits die Diskussion in der BPK im Zusammenhang mit dem Entwicklungsgebiet im Oristal. Die BPK hatte festgestellt, dass es detaillierten und klaren Richtlinien bedarf, um das Kleingewerbe fördern zu können. Die diesbezüglichen Erlasse müssen genau studiert und dann auch umgesetzt werden. Aktuell werden in Liestal grössere Investitionen getätigt, und deshalb ist es wichtig, dass die Politiker ihre Einflussmöglichkeiten nicht preisgeben, sondern aktiv mitgestalten und das zur Verfügung stehende Repertoire auch anwenden. So ist es völlig klar, dass beispielsweise ein Spenglerbetrieb mit fünf Angestellten nicht den gleichen Ertrag erwirtschaften kann, wie dies beispielsweise ein Dienstleistungsbetrieb auf der gleichen Fläche tun kann. Planerische Massnahmen sind nötig, damit in solchen Fällen ein gewisser Ausgleich geschaffen werden kann. Auch in der Landwirtschaft wird beispielsweise der Wert eines Grundstücks anhand der möglichen Erträge berechnet, was doch auch beim Kleingewerbe zur Anwendung gebracht werden könnte. Er wünscht, dass das Problem im Auge behalten und die Vielfalt von Kleinbetrieben sowie Jungunternehmen in Liestal gepflegt und erhalten wird. Aufmerksam muss man deshalb beispielsweise auch bei den Neueinzonungen im Oristal bzw. bei der Ausgestaltung der entsprechenden Reglemente bleiben. Er kann sich damit einverstanden erklären, dass das Postulat Nr. 2008/205 gemäss stadträtlichem Antrag abgeschrieben wird.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch ihre Fraktion nehme zustimmend von der Postulatsbeantwortung des Stadtrates Kenntnis. Die Lage hat sich zwischenzeitlich wohl etwas entschärft, da die Hanro nun doch nicht verkauft und nach dem bevorstehenden Auszug des Lehrerseminars doch auch wieder Platz für Gewerbetreibende im Hanro-Areal frei werden wird.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht Kenntnis und schreibt das Postulat Nr. 2008/2005 als erfüllt ab.

289 0.01.011.01 Einwohnerrat

15. Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat „Mittelfristiges Wasserversorgungskonzept mit Variantenabklärung“ von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion (Nr. 2010/128, Nr. 2010/128a)

Hanspeter Zumsteg (GL) meint als Postulant, dass man zuerst prüfen und erst dann zahlen sollte. Vor einem Jahr hatte die Liestaler-Bevölkerung mit 61 % deutlich den vorschnellen Anschluss an das Regionenverbund-Wassernetz abgelehnt. Im Vordergrund hatte die Sorge um eine hohe Trinkwasserqualität und die Hoheit über die eigene Wasserversorgung gestanden. Jetzt zeigt sich, dass die Forderungen nach weiteren Variantenabklärungen berechtigt sind, werden doch im stadträtlichen Bericht zwei interessante Alternativen aufgezeigt. So macht es durchaus Sinn, dass beim Kanton abgeklärt wird, unter welchen Auflagen der Kanton einem Weiterbetrieb des Pumpwerks Gitterli zustimmen könnte. Das neue Pumpwerk Galms wird in der Generellen Wasserplanung des Kantons berücksichtigt und könnte rund 4000 m³ Wasser pro Tag fördern. Der Förderpreis von rund CHF 500.-/m³ beim Pumpwerk Galms ist zwar etwas höher als der Regionenverbundpreis von umgerechnet rund CHF 417.-/m³, aber mit dem Pumpwerk Galms hätte Liestal mehr Wasserreserven für die Zukunft und wäre beispielsweise bei einem Ausfall des grossen Pumpwerks Alte Brunnen nicht auf einen Bezug an riesigen auswärtigen Wassermengen angewiesen. Gleichzeitig würde damit ein zweites Standbein zur Einspeisung des Wasserreservoirs Auf Berg geschaffen. Im stadträtlichen Bericht wird die Frage der Postulanten nicht beantwortet, wieviel der Bau eines neuen Pumpwerks den Wasserpreis verteuern würde. Gemäss eigenen Hochrechnungen dürfte sich der Wasserpreis gerade einmal um 8 Rappen pro Kubikmeter Wasser verteuern. Dies ist kleiner Mehrpreis, berücksichtigt man die garantiert höhere Wasserqualität und die Hoheit über die eigene Wasserversorgung. Die Grüne Fraktion nimmt positiv Kenntnis vom stadträtlichen Zwischenbericht und vorgesehenen weiteren Schritte.

Franz Kaufmann (SP) macht als Postulant darauf aufmerksam, dass man im vergangenen Frühling verschiedentlich Bilder von ausgetrockneten Flüssen gesehen hatte und man nur ganz knapp an einer Krise wegen der Wasserknappheit vorbeigekommen sei. In der Folge hatte die Stadt Basel in Zusammenarbeit mit der Uni Basel einen Klimafolgebericht verfasst, worüber in der Presse vor zwei Tagen berichtet wurde. Der stadträtlichen Bericht fundiert leider auf einer eindimensionalen Betrachtungsweise, denn es werden nur technische Lösungsansätze aufgezeigt. Die eigentliche Problematik und langfristige Zukunftsperspektiven bezüglich der Wasserversorgung werden darin nicht aufgezeigt. Interessant ist natürlich, dass das Pumpwerk Galms nun doch eine realisierbare Lösungsvariante sein könnte, was bei den Diskussionen betreffend dem Anschluss an den Regionenverbund noch in Abrede gestellt wurde. Seine Fraktion ist zuversichtlich, dass man zum Ziel kommen wird, doch sollte bei den weiteren Schritten etwas mehr Gas geben.

Hanspeter Meyer (SVP) unterstützt die Ausführungen seines Vorredners bezüglich der Problematik rund um die Klimasituation. Auch in seiner Fraktion habe man zustimmend vom stadträtlichen Zwischenbericht Kenntnis genommen. Insbesondere wird auch die stadträtliche Absicht für eine Konzessionsverlängerung beim Pumpwerk Gitterli befürwortet. Verbundlösungen sollten insbesondere im Zusammenhang mit der Wasserversorgung angestrebt werden. Umfassende Abklärungen wurden vom Stadtrat nach der Postulatsüberweisung bis heute getroffen und auch die weiteren Massnahmen dürften noch Zeit beanspruchen, bis dass dann das letzte Wort gesprochen werden kann.

Peter Küng (SP) regt an, dass als mögliche Untervariante auch die Realisierung des Pumpwerk Galms zusammen mit den Nachbargemeinden Bubendorf und Lausen geprüft werden könnte.

Thomas Eugster (FDP) orientiert, dass der Zwischenbericht sämtliche Argumente bestätige, welche die Befürworter des Regionenverbundes vor der Referendums-Abstimmung vom Juni 2010 ins Feld geführt hatten. Das heisst, dass alle anderen Lösungen zu teuer sind oder bezüglich der Kapazität nicht genügen. Zudem muss die Machbarkeit bei einzelnen Varianten noch vertiefter abgeklärt werden, was nochmals Zeit und Geld kostet. Die Grünen und die SP hatten die Stimmbürger getäuscht, indem sie suggeriert haben, dass es noch viel billigere Lösungen als den Anschluss an den Regionenverbund gebe. Das Gegenteil ist nun der Fall. Jetzt werden jahrelang Planungsgelder verbraucht und für die schlussendliche Lösung wird der Stimmbürger auf jeden Fall mehr bezahlen müssen. Auch sollte mit den Diskussionen betreffend der Wasserqualität aufgehört werden, denn tausende von Menschen trinken täglich Wasser des Regionenverbundes. Er sehe deshalb nicht ein, weshalb Liestal dieses Wasser nicht trinken kann und soll.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt, beim Wasserversorgungskonzept sollte unbedingt auch der Energieverbrauch thematisiert werden. Denn man weiss, dass die Gemeinden durchschnittlich ein Drittel der Energiekosten für die Wasserversorgung benötigen. Ebenfalls sollten auch mögliche Massnahmen der Verbraucherseite für eine Reduktion des Wasserverbrauchs wie beispielsweise WC-Spülungen, Nutzung von Abwässern etc. bei der Konzeptausarbeitung mit einbezogen werden. Sollten die Energie- und Verbraucherseite nicht mitberücksichtigt werden, wäre die ganze Übung unvollständig und vor allem viel zu teuer. Er selbst habe diesbezüglich Erfahrungen und würde bei diesbezüglichen weiteren Abklärungen gerne mithelfen.

Daniel Spinnler (FDP) meint, dass die vom Stimmvolk abgelehnte, günstigste Variante nun halt doch auch die beste Variante sein könnte, was wohl nicht nur er bedaure. Die Betriebskosten sind im Zusammenhang mit dem Regionenverbund ausgewiesen worden, werden aber im vorliegenden Zwischenbericht des Stadtrates nicht thematisiert. Bei der Entscheidungsfindung wird man wohl nicht nur die Investitionskosten, sondern auch die künftigen Betriebskosten mitberücksichtigen müssen. Bezüglich der immer wieder erwähnten Vernetzung mache er darauf aufmerksam, dass eine saubere Vernetzung nach unten und nach oben stattfinden müsse.

Franz Kaufmann (SP) nimmt Bezug auf das Argumentarium von Thomas Eugster bezüglich der Regionenverbund-Wasserqualität. Er könne mit dem gleichen Argument auch die Frage in den Raum stellen, weshalb man nun auf einmal das Gitterli-Wasser nicht mehr trinken könne, nur weil jemand herausgefunden habe, dass die Fliessgeschwindigkeit nicht mehr genügen soll. In absehbarer Zeit wird es Krisensituationen bezüglich der Wasserversorgung geben und nun will man einfach das Pumpwerk Gitterli abstellen? Weitere Varianten-Abklärungen bezüglich einem allfälligen Gebrauch des Gitterli-Wassers als Grauwasser, für die Landwirtschaft usw. sollten deshalb getroffen werden. Auch die Preisentwicklung beim Regionenverbund ist schwer abschätzbar, muss doch die Hardwasser AG beispielsweise laufend neue Filteranlagen installieren. Eine alleinige Beurteilung aufgrund der Investitions- und Betriebskosten macht wohl kaum Sinn, denn bei der politischen Stellungnahme spielt es doch auch eine Rolle, ob man beispielsweise betreffend der Wasserversorgung eine gewisse Unabhängigkeit will, die Möglichkeit für die Realisierung des Pumpwerk Galms ausschöpfen wolle oder nicht. Wasserpreis und Kosten dürfen wohl nicht die einzigen Parameter bei der Entscheidungsfindung sein.

Hanspeter Zumsteg (GL) äussert sich zur Versorgungssicherheit und Hoheit einer eigenen Wasserversorgung, und stellt fest, dass Liestal einen Spitzenbedarf von 9000 m³ Wasser hat. Woher will Liestal das Wasser denn hernehmen, wenn beispielsweise die Versorgung Helgenweid mit 1800 m³, Alte Brunnen mit 6000 m³ und der Regionenverbund mit 3000 m³ ausfallen würde? Alleine der Ausfall des Pumpwerks Alte Brunnen dürfte zu grössten Versorgungsengpässen führen, was durch andere Zuleitungen nicht abgedeckt werden kann. Mit dem neuen Pumpwerk Galms könnten doch zumindest 4000 m³ geliefert werden.

Thomas Eugster (FDP) möchte den Fokus doch richtig rücken. Bei den Berechnungen geht man davon aus, dass der normale Bedarf mit den bestehenden Pumpwerken abgedeckt werden kann. Weitere Zulieferanten sind nur in Notfällen nötig und für die Notwasserversorgung durch den Regionenverbund würde die bestehende Leitung durchaus genügen.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, das Thema Wasserversorgung sei komplex und spannend. Sie will an dieser Stelle auch einige Aussagen der Vorredner nicht richtigstellen, sondern feststellen, dass zur Problemlösung verschiedene Varianten diskutabel sind und dass es nicht einen einzigen richtigen Weg zur Zielerreichung gebe. Verschiedene Punkte bezüglich Förderkosten, Wasserpreis-Berechnung, Energieverbrauch etc. werden vom Stadtrat sicher noch in einem späteren Bericht zum Postulat thematisiert. Auch die weiteren Abklärungen und Verhandlungen sind zeitaufwändig, doch muss man sich diese Zeit nun nehmen. Überlegungen betreffend Qualität und Gemeindeautonomie werden auch vom Kanton angestellt und langfristig geplant. Aus versorgungstechnischen Gründen würde es für Liestal Sinn machen, wenn man sich nach oben und auch nach unten vernetzen würde, was aber aus finanziellen Gründen kaum möglich sein wird. In den nächsten 2 – 3 Jahren wird man sich demokratisch darauf einigen müssen, welcher Weg bezüglich der künftigen Wasserversorgung eingeschlagen werden soll. Sie selbst könnte diese Frage heute auch noch nicht abschliessend beantworten.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Er möchte sich als Präsident nicht in die Diskussion einmischen, weise aber doch darauf hin, dass beispielsweise im Waldenburgertal per 1.1.2013 eine Gemeinde-Verbundlösung gemacht wird, obwohl sich Oberdorf noch nicht dazu durchdringen konnte. Er hoffe doch, dass Liestal im Zusammenhang mit möglichen Verbundlösungen nicht auch ausscheren würde.

://: Vom stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2010/128a wird einstimmig Kenntnis genommen.

290 0.01.011.01 Einwohnerrat

16. Fragestunde

1. Frage / Michael Bischof (FDP) betr. Barrieren-Absicherung

In einer früheren Fragestunde habe ich auf die ungenügend abgesicherte Barriere bzw. auf die nur hängenden Drähte ohne Querabspernung im unteren Bereich hingewiesen. Ist der Stadtrat bei den SBB vorstellig geworden? Wie lautet die Antwort und welche Verbesserungsvorschläge sind vorgesehen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Gemäss Abklärungen bei den SBB entspricht die Barriere der Norm und es sind deshalb keine weiteren Massnahmen vorgesehen. Das Problem ist erkannt, doch von den SBB wird nichts mehr getan.

2. Frage / Walter Leimgruber (SP) betr. Laubbläserinsatz bei Strassenreinigung

Bei der Reinigung von Strassen und Plätzen im Zentrum werden immer wieder Laubbläser eingesetzt. Neben dem unnötigen Lärm ist es vor allem lästig, als Fussgänger oder Velofahrer sich plötzlich in einer üblen Dreckwolke mit Staub, Papier, Zigarettenstummeln und anderen Materialien zu befinden. Der Staub enthält bekanntlich auch äusserst scharfe Dinge und Keime aller Art. Frage: Wer gibt die Anweisung zum Gebrauch der Laubbläser zur Strassenreinigung und wie lauten diese Anweisungen genau?

Stadträtin Marion Schafroth: Es gibt keine schriftlichen und exakten Anweisungen an die Mitarbeitenden der Betriebe. Diese haben ihre Arbeitsgeräte situativ sinnvoll einzusetzen. Es ist allen bewusst, dass die Laubblasgeräte Lärm machen, doch können die Strassenreinigungsarbeiten damit effizienter erledigt werden. Die Mitarbeiter sind bemüht, dass die Laubblasgeräte morgens nicht zu früh eingesetzt werden und diese gegebenenfalls gar abzustellen, damit Passanten nicht in eine Staub- und Dreckwolke kommen.

3. Frage / Walter Leimgruber (SP) betr. Büsche-Schneiden, Veloweg Kreuzbodenweg

Der Veloweg Kreuzbodenweg ist schmal und hat eine rechtwinklige Kurve. Die Sicht ist dort durch Büsche versperrt. Mit ein paar wenigen Schnitten könnte die Gefahrenstelle beseitigt werden. Das ist in der Schwachstellenanalyse vor 2 Jahren festgehalten. Frage: Wann werden die Büsche zurückgeschnitten?

Stadträtin Marion Schafroth: Der Zeitpunkt, wann die Büsche zurückgeschnitten werden, kann jetzt nicht konkret angegeben werden. Die Betriebe werden am erwähnten Ort einen Augenschein nehmen und die Büsche gegebenenfalls zurückschneiden. Allerdings ist es so, dass die Betriebe Büsche und Bäume, welche in der Zuständigkeit der Stadt liegen, laufend zurückschneiden. Bei problematischen Stellen auf Privatgrundstücken werden die Eigentümer persönlich kontaktiert oder mit Flyern zum Zurückschneiden aufgefordert.

4. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Kinderspielplätzen

Zurzeit wird der Kindergarten Schwieri neu gestaltet. Für Kleinkinder gibt es spezielle Sicherheitssitze bei Schaukeln. Soviel ich gesehen habe, gibt es keine solchen Sicherheitschaukeln auf den Spielplätzen in Liestal. Meine Frage: Ist auf dem Schwierispielplatz eine solche Schaukel geplant?

Stadträtin Marion Schafroth: Beim Schwieri-Spielplatz wird eine Schaukel mit Sicherheitsitzen montiert. Es werden aber nicht alle Spielplätze mit solchen Schaukeln ausgestattet.

5. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Wahlplakaten

Was unternimmt die Stadt, damit die Wahlplakate, die im Moment aufgehängt werden, bei Strassenüberquerungen nicht die Sicht, sei es für Autofahrer oder speziell auch für Kleinkinder, beeinträchtigt?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Für Massnahmen im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit zeichnet die Polizei verantwortlich. Auf entsprechenden Hinweis oder von Amtes wegen werden diese von der Polizei entfernt.

6. Frage / Hans Rudolf Schafroth (SVP) betr. Sammelstelle Oristal

Die zahlreichen Bewohner/Innen und vor allem auch ältere Personen des Oristals können nicht versehen, dass ihre Sammelstelle zum Bahnhof hin verlegt wurde, wo leider auch unkontrolliert deponiert werden kann. Frage: Wann wird im Oristal wieder eine Sammelstelle errichtet?

Stadträtin Marion Schafroth: In absehbarer Zeit wird es im Oristal keine Sammelstelle mehr geben. Diese ist verlegt worden, da die alte Sammelstelle auf privatem Areal stand und der neue Standort beim Bahnhof für eine Unterflur-Sammelstelle sehr gut eignet.

7. Frage / Hans Rudolf Schafroth (SVP) betr. Littering im Fraumattquartier

Das Littering im Fraumattquartier hat leider wieder dermassen zugenommen, dass sich besorgte und ordnungsliebende Personen diesbezüglich an mich gewandt haben. Frage: Ist der Stadtrat bereit, geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit diese unbefriedigende Situation verbessert werden kann.

Stadträtin Marion Schafroth: Bei dieser Frage befindet man sich im Bereich der Dauermassnahmen. Seit dem Umbau der Sammelstelle wurden Besserungen festgestellt, doch sind bezüglich der Hotspots immer wieder Änderungen feststellbar. Es wird auch wieder eine gemeindeübergreifende Kampagne zum Thema Littering geben, bei welcher man abklären wird, ob Private bzw. Anwohner die Patenschaft für wichtige Orte übernehmen würden. Über das Projekt wird demnächst die Öffentlichkeit informiert. Interessenten könnten sich beim Sekretariat der Betriebe melden.

8. Frage / Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) betr. Allgemeinem Fahrverbot vor Waldeingang

Am Ende des Weidweges vor dem Waldeingang steht ein allgemeines Fahrverbots-Schild. Dieser Waldweg wird allerdings gerne von Velofahrern benutzt. Wäre es möglich diesen Weg offiziell für Velos freizugeben?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Beschilderung der Waldwege wird neu konzipiert. Grundsätzlich wird es keine allgemeinen Fahrverbote mehr geben, so dass das Velofahren erlaubt ist.

9. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) betr. Sichtern-Quartierbus

Stimmt es, dass der Quartierbus auf Ende 2011 eingestellt wird? Wenn ja, welches sind die Gründe für diesen Entscheid?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Sie kann mit der Frage 9 gleichzeitig auch die Frage 12 von Jürg Holinger in derselben Angelegenheit beantworten. Der Stadtrat überprüft laufend die dauernden Ausgaben, wie dies vom Einwohnerrat auch verlangt wurde. Dabei hatte man festgestellt, dass der Quartierbus eine sehr schlechte Auslastung hat, wird doch der Bus im Durchschnitt von 3 – 5 Personen pro Fahrt benutzt. Das Defizit für die Stadt beläuft sich auf 10'000 Franken pro Jahr. Von der Stadt werden Alternativen zum Quartierbus geprüft.

10. Frage / Franz Kaufmann (SP) betr. Parkplätze mit unversiegelten Oberflächen

Im Zonenreglement Siedlung wird unter Art. 39 festgehalten, dass „offene Parkplätze wo möglich mit unversiegelten Oberflächen zu versehen seien“. Neuere Beispiele wie das Rampareal, der Neubau Beamtenversicherung und das Staatsarchiv zeigen, dass diese Bestimmung nicht umgesetzt wird. Frage: Weshalb ist das nicht möglich und wird bei der Erteilung einer Baubewilligung jeweils die Umsetzung des betreffenden Artikels von der Stadt gefordert?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Umsetzung des Zonenreglementes wird gefordert und auch umgesetzt. Es gibt aber Situationen baulicher Art, wo dies nicht möglich ist. So ist es wichtig, dass bei der Einstellhalle beim Pensionskassen-Neubau die Dichtigkeit gewährleistet ist. Beim Versickernlassen des Oberflächenwassers hätte es zu Frostschäden bei der Betondecke der Einstellhalle kommen können. Das Versickern-Lassen von Oberflächenwasser bringt beispielsweise auch bei lehmigen Böden nichts. Es gibt spezielle Verhältnisse, bei welchen man vor Ort situativ entscheiden und Ausnahmen bewilligen muss.

11. Frage / Franz Kaufmann (SP) betr. Gestaltung Lärmschutzwände H2

Im Gebiet Fraumatt wurden auf der H2 die Lärmschutzelemente montiert, und zwar kompakte, geschlossene Betonteile. Die Strasse gleicht nun einer riesigen, plumpen Mauer. Beim Bau der SBB-Lärmschutzwände hatte die Stadt und die Bevölkerung Mitwirkungs- bzw. Einsprachemöglichkeiten. Frage: Konnte die Stadt bei der Gestaltung der H2-Lärmschutzwände mitwirken bzw. Einfluss auf die Gestaltung der Wände nehmen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Von Kanton ist ein Lärmschutzexperte und ein Landschaftsarchitekt beigezogen worden. Nach dem Entscheid des Kantons ist die Stadt darüber in Kenntnis gesetzt worden, weshalb der Lärmschutz vorrangig der Ästhetik behandelt wurde. Die Situation war für die Stadt komplett unbefriedigend, weshalb man beim Kanton nachgestossen hatte, damit zumindest ein grosser Teil der Lärmschutzwände auf Höhe des Schildareals zumindest begrünt werden kann, wie dies vom Kanton auch versprochen wurde.

12. Frage / Jürg Holinger (GL) betr. Kündigung Quartierbusse

Der Stadtrat hat entschieden, den Vertrag mit der Firma Kleinrath zum Betrieb des Quartierbusses auf Ende des Jahres zu kündigen, was das Ende des Quartierbusbetriebes bedeutet. Dies trotz der von der demografischen Entwicklung her zu erwartenden Zunahme der Interessenten. Damit verlieren viele betagte Menschen eine der wenigen Möglichkeiten, um soziale Kontakte zu pflegen, welche durch keinen Hauslieferdienst ersetzt werden können.

Fragen:

1. Ist sich der Stadtrat dieser Tatsache bewusst und hat er alternative Finanzierungsmodelle geprüft?

2. Wäre der Stadtrat bereit, sich bei einer Nachfolgelösung, welche ev. zusammen mit Seniorenorganisationen gesucht werden könnte, finanziell und ideell zu engagieren?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Frage ist bereits im Zusammenhang mit der Frage Nr. 9 beantwortet worden.

13. Frage / Thomas Eugster (FDP) betr. Tempo 30 am Rankweg

Wann wird nun endlich am Rankweg die für 2011 budgetierte Tempo 30-Zone realisiert? Sie wurde in der letzten Fragestunde auf "gleich vor oder nach den Sommerferien" versprochen. Bis dato haben die Anwohner noch nichts vernommen. Die Schüler möchten einen sicheren Schulweg, zumal durch die Neubauten bereits jetzt Mehrverkehr entstanden ist.

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Eingabe beim Kanton ist vor den Sommerferien erfolgt, ein Entscheid des Kantons aber noch hängig.

14. Frage / Elisabeth Spiess (GL) betr. Alkoholverkauf Denner

Der Denner am Wasserturmplatz verkauft bis spät in die Nacht Alkohol. Seit einiger Zeit gruppieren sich dort junge Menschen welche mit zunehmender Alkoholisierung auch zunehmend lauter werden. Frage: Ist dem Stadtrat bekannt, ob Streetworker vor Ort sind und die Szene begleiten und ist der Stadtrat bereit, mit den Betreibern der Denner-Filiale das Gespräch aufzunehmen, damit nach 22:00 Uhr kein Alkohol mehr verkauft wird, wie beim Coop Pronto-Shop am Bahnhof?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Es finden regelmässige Gespräche mit dem Denner und den Streetworkern statt. Das Problem ist bekannt und unter anderem auch auf das sehr grosszügige Ladenöffnungsgesetz zurückzuführen. Vor rund zehn Tagen hatte auch eine Besprechung mit verschiedenen Kantonsvertretern stattgefunden. Dabei musste die Stadt vom Pass- und Patentbüro zur Kenntnis nehmen, dass seitens Kanton kein Einfluss genommen werden kann und nur regelmässige Gespräche mit den Denner-Betreibern dürften zum Erfolg führen. Zusammen mit direktbetroffenen Einwohnern sowie Nachbarn werden auch Massnahmen betreffend dem Litteringproblem geprüft. Von den Jugendlichen selbst werden bis zu den Herbstferien 2011 noch Vorschläge bezüglich den Verhaltensregeln beim Wasserturmplatz unterbreitet.

15. Frage / Elisabeth Spiess (GL) betr. Flohmarkt auf Zeughausplatz

Die Renovationen des Zeughauses und des Zeughausplatzes sind seit einiger Zeit abgeschlossen. Frage: Wann kommt der Flohmarkt zurück auf den Zeughausplatz?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Für das Aussenraumbekleidungskonzept zeichnet die Verwaltung verantwortlich. Es ist nicht vorgesehen, dass der Flohmarkt vom Gestadeckplatz wieder zum Zeughausplatz verlegt werden soll.

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Markus Meyer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann